

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42.

Mittwoch, den 19. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Attake.

Von mehr als 300 000 Landwirten, die hinter dem Bund der Landwirte stehen sollen, hatten sich Montag etwa 6000 zur Generalversammlung im Zirkus Busch versammelt und weitere Tausende füllten den Saal der Singakademie zu einer Paralleleranstaltung. Die gebräunten wetterharten Züge der Bauern beherrschten das Bild der Massenversammlungen. Nur wenige Großagrarien sah man in den Reihen: sie scheinen den Grund der Weinkneipen dem Stalldust des Zirkus vorzuziehen. Und trotzdem diente die ganze Veranstaltung nichts anderem als den politischen und wirtschaftlichen Interessen unserer Junker. Die große Zahl der Zuhörer sollte nur als Staffage dienen. Die demagogischen Regiekünstler im Vorstande des Bundes hatten es wirklich leicht, bei diesen unaufgeklärten Mitgliedern — denen ja durch die Schuld der Konservativen und des Zentrums eine halbwegs genügende Schulbildung mangelt — nach Belieben Beifall und Entrüstung zu entlocken. Aber während in unseren Massenversammlungen Aufklärung getrieben wird, diente die Bundesversammlung nur der politischen Einseitigkeit der Zuhörer. So unästhetisch die Pappendeforation des Zirkus, so billig und plump die geistige Aufmachung. So große Meister der Regiekunst die Bundeshauptlinge sein mögen, vor ihren Mitgliedern paßten sie sich ganz der Umgebung an und trieben nur größte Zirkusregie. Bekam es doch Dr. Hahn fertig, durch ein künstliches Lob eines platten Zwischenrufes zu größerer Belebung der flauen Stimmung, zu zahlreicheren Zwischenrufen anzuregen.

Nur einen Vorteil für das politische Leben hatte die Veranstaltung. Die Bundesredner sagten frei und klar heraus, was der politischen Entwicklung Deutschlands das Volk selbst sich keine Gegenwehr schafft.

Die Tagung bedeutete einen kräftigen Vorstoß gegen die Regierung oder besser gegen den Reichskanzler und seinen Stellvertreter. Dem Landwirtschaftsminister v. Schorlemer bezugte der Bundesvorstand ausdrücklich sein Vertrauen. Um so mehr mißtraut man aber dem Kanzler. Höhnisch sprach Dr. Hahn von den freundlichen Versicherungen und liebenswürdigen Wendungen in der stillistisch meisterhaften Begrüßungsrede des Kanzlers im Landwirtschaftsrat. Die Agrarier würden sich aber nicht nach diesen freundlichen Worten, sondern nach den Taten richten. In dem Bündlerzorn über die erste Bresche, die Bethmann angeblich in die landwirtschaftlichen Zölle geschlagen, verglich Dr. Hahn den Kanzler sogar mit Caprivi, nur daß Bethmann dessen offenes ehrliches Bekenntnis zur Landwirtschaftsfeindschaft vermissen lasse!

Dieser Kampf gegen den Kanzler, der offenbar ebensowohl durch einen Freundschaftsdienst gegen das Zentrum als durch den eigenen Groll über die Leuerungsmaßnahmen motiviert ist, wurde wirksam ergänzt durch wiederholte Dankesgaben an die Adresse des „ersten Berufskollegen“ der Landwirtschaft — an Wilhelm II., den die Bündler auf Grund seiner letzten Rede im Landwirtschaftsrat schon ganz als den ihrigen betrachteten.

In dem sicheren Gefühl, daß den Agrariern unter dem jetzigen Regime auf wirtschaftlichem Gebiete auch nicht das geringste von ihren Privilegien genommen werden wird, wandten sich die Bundesredner um so heftiger den rein politischen Fragen zu. Dr. Hahn verriet selbst sehr hübsch, wie jetzt die Interessen des Bundes verteilt sind: der Bund wolle nicht nur Politik treiben, sondern daneben auch den praktisch wirtschaftlichen Zusammenschluß pflegen. So sprach denn Dr. Hahn der Schwerindustrie seinen besonderen Dank für die alte treue Waffenbrüderschaft mit den Junkern aus. Die Schutzollbewilligungen auf Gegenseitigkeit sei beiden Parteien sehr gut bekommen. Mit dieser Aussicht auf Gewährung all ihrer Wünsche suchte Dr. Hahn auch die Exportindustrie anzumerken. Widerlegen konnte er zwar nicht, daß die agrarischen Zölle durch Verteuerung der Konsummittel des Arbeiters die Fertigungsindustrie fast noch schlimmer belasten, als das die Zölle auf Rohstoffe tun. Aber Dr. Hahn suchte sie wenigstens dadurch zu überreden, daß die Konservativen zu einer Kompensation durch Zölle auf Fertigfabrikate bereit seien. Für die Konsumenten würde also die Erneuerung der Bundesverträge neue schwere Belastung bringen, wenn diese edlen Absichten nicht noch rechtzeitig von den Massen durchkreuzt werden.

Mehr noch als die wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigte die Versammlung aber der Kampf gegen

die Sozialdemokratie. Die Begründung dieser Polemik beschränkte sich allerdings fast nur auf antisemitische Mäßen. Selbst die Niederlagen des türkischen Volkes wurden unter dem tosenden Beifall der geistig schwerfälligen Hörer den Juden als Schuld an gerechnet! Nur einmal kam v. Oldenburg — Januschau der Erkenntnis der Wurzel der proletarischen Bewegung nahe, als er die Tatsache mitteilte, daß mehr als die Hälfte aller preußischen Staatsbürger überhaupt keine Steuern zahlen. Aber in dem lebhaftesten „Hört! hört!“ der Versammelten schien wenig von einem Erstaunen über die in der Mitteilung bezeugte elende Lage des preußischen Volkes zu liegen. Aus dem Munde desselben Oldenburg klang der Ruf nach einem neuen Sozialistengesetz, wenigstens in der milderen Form der Prügelstrafe für Sozialdemokraten. Für den Januschauer steht die ernste Aufklärungs- und Befreiungsarbeit unserer Partei auf gleicher Stufe mit dem Treiben von Zuhältern, für die in England diese entehrende, barbarische Strafe eingeführt worden ist.

Nicht viel weniger hahnebüchen wie gegen die Sozialdemokratie selbst wandten sich Hahn und Oldenburg gegen die „Befürworter“ unserer Bewegung — gegen die Regierung, gegen Bethmann und Delbrück. Selbst Bismarcks großer Geist wurde in die Zirkusmanege zitiert, um den Staatssekretär zu schreien. Nach den Wünschen des Bundes müßte die Regierung viel schärfer vorgehen. Bis jetzt habe die Regierung aber immer nur Schwäche gezeigt und der Sozialdemokratie nachgegeben. Als schlimmsten Fehler bezeichnete Oldenburg die Ankündigung der Wahlreform, die noch heute den Konservativen so große Schmerzen bereitet. In aller Vorsicht drückte er sich um das feierliche Thronversprechen herum. Bülow trage die Hauptschuld an der Aufrollung dieser unangenehmen Frage und Bethmann habe leider die Verantwortung mit übernommen. So fiel Hieb auf Hieb gegen den Kanzler. Sollte der Fall Bethmanns eine bereits mit dem Zentrum beschlossene Sache sein?

Immer wieder tönte es aus allen Reden, daß man für die Zeit der Reichstagsauflösung gerüstet sein müsse, als ob die Auflösung sicher zu erwarten sei. Auch eine beschlossene Beitragserhöhung dient augenscheinlich diesem Zweck. Als Wahlprogramm hält der Bund offenbar das Versprechen glatter Bewilligung aller neuen Rüstungsansagen für zugkräftig genug. Wie es aber mit der Schaffung der Mittel steht, verriet er nicht deutlich. Allenfalls scheint er sich zu einer Vermögenssteuer auf das nichtagrarische Kapital zu bequemen, falls sein Opfer nicht gar nur in der — Hergabe der Arbeitskräfte für die neuen Heer Massen bestehen wird, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schamhaft andeutet.

Die Tagung des Bundes bewies jedenfalls von neuem, daß die Arbeiter für die künftige Zeit auf besonderer Hut sein müssen. Neue Steuern, neue Zölle, neue Lasten drohen ihnen, dazu neue politische Knechtung und Rechtlosigkeit. Die Junker rüsten zum Kampfe. Die Arbeiterklasse sieht ihm furchtlos entgegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Ostmarkenzulagen.

Der Etat spricht von Zulagen, die in der Provinz Posen an eine Reihe von mittleren und unteren Postbeamten gezahlt werden. Man hat dafür den bequemeren und geläufigeren Ausdruck „Ostmarkenzulagen“ gefunden, der noch dazu den Kern der Sache viel eher trifft. So harmlos, wie der Etattitel sie erscheinen lassen könnte, sind diese Zulagen in der Tat nicht. Die Regierungspolitik in der „Ostmark“ soll gestärkt werden. Das ist die Absicht, die aus dem Ursprung und aus der Geschichte dieser Ausnahmevergünstigung unverkennbar spricht, und auch heute fällt niemand so leicht auf die Ausreden herein, die von den geheimen und offenen Hakaisten allzuoft vorgebracht werden.

Der Reichstag hat im vorigen Jahr sich mit großer Mehrheit gegen diese Ostmarkenzulagen ausgesprochen, und die namentliche Abstimmung, die am Donnerstag über denselben, wiederum in den Etat eingefügten Titel erfolgen wird, dürfte vermutlich dasselbe Ergebnis haben. Es ist auch von sozialdemokratischer Seite durchaus nicht verkannt worden, daß die Beamten in den östlichen Provinzen, die seit nunmehr 4 Jahren diese besondere Aufbesserung genießen, von einer Aufhebung sicherlich unangenehm betroffen werden. Aber einmal ist das keine Rechtfertigung für eine politische Ausnahmemaßregel, und zum anderen hat sich unsere Fraktion durchaus bereit erklärt, eine gleichmäßige Aufbesserung allen unteren und

mittleren Beamten zukommen zu lassen. Dagegen wende wir uns sehr wohl gegen den von nationalliberaler und reichsparteilicher Seite gemachten Versuch, durch Ausbeutung auf die anderen gemischtprachlichen Teile des Reiches die Ostmarkenzulage zu erhalten und womöglich noch ein Westmarkenzulage hinzu zu bekommen.

Der Streit geht, wie gesagt, in der Hauptsache um den Charakter dieser Einrichtungs. Die Hakaisten schwören daß sie nicht die mindeste politische Absicht haben, und die mißtraulichen Gegner der Ostmarkenzulagen weisen auf deren Entstehung hin und auf die Wirkung, die sie nicht nur ausüben sollten, sondern auch sogar teilweise ausüben haben. Genosse Ledebour machte gerade hierauf in der gestrigen Sitzung den Nationalliberalen Schlegel und Herrn Schulz von der Reichspartei aufmerksam und er wiederholte den schon oft geführten Nachweis, daß es sich in Wirklichkeit zweifellos um eine politische Korruptionsprämie handelt. Die Sozialdemokratie, die das nationale Selbstbewußtsein und das nationale Eigenleben in jeder Nation respektiert wissen will, wird niemals einer angeblich nationalen Unterdrückungspolitik ihre Hilfe leisten. Derselbe Gedanke wurde noch vom Genossen Wendel in einigen kurzen Bemerkungen unterstrichen, nachdem der Pole Dr. Chlapowski Be weise für die korrumpierende Wirkung der Ostmarkenzulage beigebracht hatte. Auch das Eingreifen des Staatssekretärs wird ihm vermutlich nicht viel helfen.

In der übrigen Spezialdebatte des Postetats vertrat die Genossen Antrick, Böhle, Sachse und Haberland eine Reihe von Einzelsforderungen.

Zu Beginn der Sitzung war das Mandat des Nationalliberalen Meyer-Herford für gültig erklärt worden gegen den sozialdemokratischen Widerspruch. Genosse Stücken hatte im Namen unserer Fraktion wegen des Eingreifens des Landrats und Wahlkommissars Ungültigkeit beantragt.

Die Schule im Dienste gegen die Sozialdemokratie.

Im braunschweigischen Landtage wird zurzeit das Monstrum eines Schulgesetzes beraten. Als Zweck der Schulen bezeichnet der Gesetzentwurf: der Jugend die „Grundlagen christlicher und vaterländischer Bildung“ zu verschaffen. Eine Höchstschülerzahl für die Klasse will das Gesetz nicht festlegen, nur sollen auf einen Lehrer nicht mehr als 100 Schüler entfallen. Der Antrag, die Höchstzahl auf 80 Schüler festzusetzen, wurde von den Agrariern und Geistlichen des Ständelantags abgelehnt. Die Bildungsfeindschaft der Regierung äußert sich auch darin, daß wohl eine Höchststundenzahl für die Woche — im Winter nicht mehr als 28 und im Sommer nicht mehr als 24 — vorgeschrieben wird, nicht aber eine Mindeststundenzahl, die meist notwendiger wäre, deren Festlegung aber dem Interesse der Agrarier widerstrebt. Die Schule wird weiter wie bisher der Kirche unterstellt, und zwar, wie der Minister Wolf im Landtage erklärte, deshalb, weil das Konstitutorium sonst nicht genug zu tun habe. Die Beamtenstellen dieser obersten Kirchenbehörde sind aber so schon reine Sinekuren für die „vornehmen“ Familien des Landes. Der Antrag, eine weltliche Oberschulbehörde zu schaffen, weil man dadurch mindestens 100 000 Mk. für höhere Beamtenstellen am Konstitutorium spare, wurde von dem Kultusminister bekämpft; die Regierung werde das niemals zugeben. Die Orts- und Fach-Schulaufsicht soll nur formell den Geistlichen entzogen werden. Die Herren „können“ jetzt nur noch als Schulinspektoren bestellt werden.

Der Lehrerin ist das Heiraten verboten. Im Abtretungsfall wird sie entlassen. Heiratet sie mit ihrer Pensionierung, so wird ihr die Pension entzogen. Die Diszidentenkinder brauchen zwar dem Religionsunterricht nicht beizunehmen, aber der Vater muß nachweisen, daß sein Kind einen Religionsunterricht genießt, der dem maßgebenden evangelisch-lutherischen Ortsparrer genügt. Selbstverständlich wird diesem der Nachweis des Vaters nie genügen.

Am Sonnabend stellte sich der Landtag ganz offen auf den Standpunkt, daß die Schule gegen die Sozialdemokratie gebraucht werden müsse. Der Direktor des Versicherungsamtes, also einer sozialen Anstalt, der Abg. Seidler, ein verrockneter Reaktionsär, hielt eine schwulstige Rede gegen die Sozialdemokratie und beantragte eine Erweiterung des Gesetzes, wonach die Schulleiter, die Bezirkschulinspektoren oder sonstige Aufsichtsstellen den Kindern jederzeit die Teilnahme an Vereinen und Vereinstätigkeiten verbieten können. Selbst der Minister meinte, daß man die Rechte des Elternhauses nicht zu sehr beschneiden dürfe, er habe jedoch nichts gegen die Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz. Und der Landtag beschloß fast einstimmig dem Antrage Seidlers entsprechend.

Freudlich gestohlen haben. Das war kurz vor Pfingsten. In den Festtagen hatte S. auch schöne Lüstel notwendig, die er ebenfalls auf seine Uniform hin bereitwilligst geborgt hatte. Bei einem zweiten Schuhwarenhändler hatte er sich mit 30 Mk. Anzahlung und Verdrängung auf den kommenden ersten ebenfalls neue Schuhe verschafft, da wies er noch auf einen Steuerzettel über 3000 Mark hin. Bei seinen Einkäufen gab er sich als in fester Stellung befindlich aus, während er schon in Kündigung stand und so tief im Vorkauf steckte, daß er überhaupt beim Verlassen der Stelle nichts mehr zu fordern hatte. S. reiste also ab und vergaß das Zahlen bei den drei Kreditgebern. Mit einer in Chemnitz verfügten 14tägigen Gefängnisstrafe eines ähnlichen Schwindlers wegen wird auf eine Gesamtstrafe von einem Monat erkannt. — Arbeiter, denen zugemutet wird, eine Tätigkeit ohne genügende Hilfe zu verrichten, bei der möglichfalls ein Zusammenstoß mit der Elektrischen erfolgen könnte, brauchen den Auftrag nicht auszuführen. Der Arbeiter Sch. möchte sich ab, einen schweren Lastwagen aus der Einfahrt zu schieben. Dabei half ihm der Lagermeister etwas mit. Auf einmal entschüpfte Sch. die Deichsel, der Wagen fuhr die abschüssige Stelle hinab und stieß mit der ankommenden Elektrischen zusammen, wodurch ein Schaden von etwa 80 Mk. entstand. Nach dem Bericht § 316 wurde er zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bei dem Antrag waren 40 Mk. oder 8 Tage Gefängnis. In dem Urteil wurde ausgesprochen, daß er die Möglichkeit eines Zusammenstoßes vorher in Betracht ziehen und sich genügender Hilfe hätte verschaffen müssen.

Das Staatshandbuch der freien und Hansestadt Lübeck auf das Jahr 1913 ist soeben in bekannter Form im Verlage von Gebrüder Borchers G. m. b. H. erschienen. Das im Auftrage des Senates von der Senatskanzlei bearbeitete Staatshandbuch gibt eine genaue Zusammenstellung aller Staatsverhältnisse und Behörden unseres Lübeckischen Staatswesens. Es ist gegen das Vorjahr wiederum nicht unwesentlich erweitert und bis auf die letzten Tage vervollständigt. Das Staatshandbuch dient allen, die in irgend eine Beziehung zu den Behörden oder Beamten treten, als unerlässliches Mustertuch. Ein Namensregister macht wie seit Jahren das Buch auch diesmal wieder recht gebrauchsfähig.

Eine öffentliche Versammlung beruft der Verein für Frauenstimmrecht, wie er uns mitzuteilen bittet, am Freitag, dem 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Weißen Saal der Stadthalle. Frau Professor Wendt, Hamburg, wird über das Thema „Kinderschutz und Frauenstimmrecht“ sprechen. Es sollen einerseits die Erfahrungen betreffs der Mitarbeit der Frauen in Kinderschutz und Jugendpflege, andererseits aktuelle Fragen, insbesondere auch die Frage „weiblicher Schöffen“ beim Jugendgericht behandelt werden. Dem Vortrag folgt Diskussion.

ph. Vermißt. Seit dem 5. v. Mts. wird der Steuermann Franz Knopf, geboren am 2. März 1872 zu Breitenhagen, Kreis Kalbe, der auf dem feinerzeit im hiesigen Umschlaghafen befindlichen Kahn Nr. 30 der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaft tätig war, vermißt. Knopf ist etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzes, kurz geschnittenes Haar, Glase und schwarzen Schnurrbart. An einer Hand fehlt das vordere Glied eines Fingers. Es wurde damals vermutet, daß der Vermißte über Bord gefallen und ertrunken sei. Da die Leiche aber bis heute nicht gefunden worden ist, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Knopf, der in den letzten Tagen seiner Tätigkeit an Bord ein auffallendes Wesen zeigte, geisteskrank geworden ist und irgendwo umherirrt. Seine in Breitenhagen, Schiffstraße 192 wohnende Ehefrau gewährt demjenigen, der ihr den Verbleib ihres Mannes mitteilt, eine Belohnung von 20 Mark.

wb. Stadthallentheater. „Die Doppelhehe“, Schwank in drei Akten von Curt Kraack, erlebte am Dienstag seine hiesige Aufführung. Es ist eine tolle Sache, in der außerordentlich viel gelacht wird. Das Stück enthält sehr viel Humor, ist aber eine durch und durch konstruierte Sache. Der neue Bon vivant Herr Brandes, der sich zum erstenmal dem hiesigen Publikum vorstellte, war noch etwas zu häufig in seiner Darstellung. Er muß mehr Ruhe bewahren, dann wird sicher noch ein tüchtiger Schauspieler aus ihm. Elita Berma als Frauenrechtlerin gab ihre Rolle äußerst geschickt wieder. Das gleiche gilt für Karl Fischer, von dem wir ja erstklassige Leistungen gewohnt sind. Auch Adele Meyse

brachte den kindlich-naiven Bauernburschen vorzüglich heraus. Das vollbesetzte Haus applaudierte kräftig. Donnerstag wird der Schwank erstmalig wiederholt.

Neues Stadttheater. Der Spielplan gibt für die zweite Hälfte dieser Woche außer einer ersten Wiederholung der am Sonntag, dem 16. mit so uneingeschränktem, freudigem Beifall aufgenommenen Posse „Bummelstudenten“ am Freitag, dem 21., zunächst morgen, Donnerstag, Bizets „Carmen“. Das „Rheingold“ mußte infolge Erkrankung mehrerer Künstler verschoben werden. Ferner am Sonnabend eine letzte Aufführung von Wilhelm Kienzl's gehaltvollem musikalischen Schauspiel „Der Evangelimann“. Für Sonntag sind zwei Opern vorgesehen: „La Traviata“ am Nachmittag zu kleinen Preisen und die Neueinstudierung „Fra Diavolo“ von Auber am Abend.

Samburg. Die Situation im Hamburger Hafen. Der Streik der Bunkerleute macht sich schon in einem Stöcken des Verkehrs bemerkbar. Die Arbeit ruht in sämtlichen Bunkerbetrieben. Der Streik der Binnenschiffer verschärft die Situation bedeutend. Hinzu kommt zu alledem eine neue Bewegung, die mit den anderen nur in loser Verbindung steht: die Arbeiter der Lagerhausgesellschaften, die bei der früheren Lohnbewegung im Hafen leer ausgingen, hatten vor kurzem einen Lohntarifentwurf eingereicht, der vor allem eine Erhöhung der Löhne vorsah, da diese Arbeitergruppe von allen am schlechtesten bezahlt wird. Es handelt sich bei dieser Bewegung vorläufig um 75 Mann. Die Exportlagerhausgesellschaft beantwortete Verhandlungsersuchen des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Die Entscheidung bei einer zweiten Gesellschaft folgt in den nächsten Tagen. — Aussperrung und Streik im Hamburger Hafen. Im Hamburger Hafen stehen die Bunkerleute in einem schweren Abwehrkampf; die Arbeiter der Exportlagerhausgesellschaft sind sämtlich ausgesperrt; die Binnenschiffer kämpfen um die Mindestnachtrühe. Menschenhändler sind auf der Suche nach Arbeitswilligen. Arbeiter, haltet den Zugang fern, verhindert, daß Verräter an der Arbeitersache den Kämpfenden in den Rücken fallen!

Samburg. Antisemitische „Erfolge“. Der antisemitische Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband in Hamburg hat sich an eine Reihe Unternehmerorganisationen gewendet mit der Bitte, bei ihren Mitgliedern dahin zu wirken, daß die Beiträge zu der neuen Angestelltenversicherung von den Arbeitgebern in vollem Umfange übernommen werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller, der genau weiß, was er den antisemitischen Handlungsgehilfen bieten darf, fordert nunmehr in einem Rundschreiben seine Mitglieder auf, gegen das Ansinnen der Antisemiten energisch Widerspruch zu erheben.

Samburg. Bei den Grundeigentümergehalten zur Wägerschaft, die gestern stattfanden, wurde Genosse Blume gewählt.

Neumünster. Automord. Der Landmann Petersen wurde auf der Plöner Chaussee von einem Automobil überfahren. Petersen war sofort tot. Der Chauffeur entkam unerkannt.

Bremen. Zur preussischen Landtagswahl. Im hannoverschen Wahlkreis Osterholz-Blumenthal stellte eine Wahlkreisversammlung als Landtagskandidaten den Gen. Reiche in Begleit auf. Bei der letzten Wahl wurden in diesem Wahlkreis 75 sozialdemokratische Wahlmänner durchgebracht.

mit. Die Donna Elvira der Frau Schmidt bewies, daß diese vielseitige Künstlerin auch eine sehr beachtliche Mozartsängerin ist. Eine entzückende Zerline stellte Fr. Janzen auf die Bühne. Der Leporello des Herrn Fischer war gefänglich ausgezeichnet, in der Darstellung hingegen nicht verschmäht genug. Der Komtur und Maletto hatten in den Herren Fabian und Barth gute Vertreter. Herr Danner ist kein Tenor, der dem wehleidigen Don Ottavio zu größerem Interesse verfehlen kann. Die Inszenierung der Oper hatte Herr Beyer besorgt, während Herr Kapellmeister Pfeiffer am Dirigentenpult den Schönheiten der Musik Mozarts zu eindrucksvoller Wirkung verhalf. Das gut besuchte Haus bezeugte keine Befriedigung an dem Gebotenen durch lebhaften Beifall. P. L.

Sprechsaal.
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Teilweise Sonntagsruhe.
Im Februar v. Js. hatten eine größere Anzahl Firmen in Lübeck ihre Läden Sontags morgens von 8—9 Uhr geschlossen. Leider ist in diesem Jahre die Zahl derjenigen Geschäfte, die während des hiesigen Monats Februar an den Sontagen nur mittags geöffnet haben, gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangen. Der Grund ist vielleicht darin zu erblicken, daß sich im Vorjahr an diese Maßnahme eine lebhafteste Preßdebatte knüpfte. Während die eine Richtung die Maßregel gutheißt, vertrat eine andere Richtung die Auffassung, daß diese Stunde am Sonntagmorgen gar nichts für die Angestellten bedeute. Wenn die Inhaber etwas gutes schaffen wollten, dann sollten sie Sonntagmorgen 1 resp. 2 Stunden die Läden geöffnet halten, das mittags von 11—1 Uhr aber schließen. Selbstverständlich wäre diese Einrichtung ja bedeutend besser; ehe das hier aber in Lübeck zustande kommt, wird wohl noch eine ganze Zeit vergehen. Deshalb geht unsere Meinung dahin, vorläufig dafür einzutreten, daß wenigstens am Sonntagmorgen geschlossen bleibt, denn für die Hausdiener und Angestellten sind es immerhin 2 Stunden weniger Arbeitszeit; rechnet man noch den zweimaligen Weg hinzu, so kommen häufig fast 3 Stunden in Frage. Deshalb halten wir es gar nicht für so unangebracht, jetzt, bevor die Sontage im Februar wieder vorbei sind, noch einmal öffentlich darauf hinzuweisen, ob sich nicht noch mehrere Inhaber dazu bereit erklären, am Sonntagmorgen zu schließen. J. W.

Handels- und Marktnachrichten.
Hamburger Sternschauz-Viehmarkt vom 18. Februar.
Auftrieb 5900 Schweine. Markt flott.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 76,— bis 77,— (61,— bis 61,50 Mk.). Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 75,— bis 76,— (60,— bis 61,00 Mk.). Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 76,00 bis 76,50 (59,50 bis 60,00 Mk.). Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 75,— bis 76,00 (58,50 bis 59,50 Mk.). Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 74,— (53,00 bis 56,00 Mk.). Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 73,— bis 74,— (58,50 bis 59,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 68,— bis 72,— (53,00 bis 56,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

„Komitee- und Kommissionssitzungen“
D. T. V.
Vorstands-Sitzung
am Donnerstag, 20. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Der Vorstand.

Durch Unglücksfall wurde unsere liebe Tochter **Käthe** im 7. Lebensjahre durch den Tod entziffen. Tief betrauert von ihren Eltern, Geschwizern und allen die ihr nahe standen.
August Kötzow und Frau.
Lübeck, den 18. Februar 1913.
Mönchhofer Weg 31.
Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. Februar, 2 1/2 Uhr in der Kapelle Vorwerk statt.

Arbeiterinnen
für die Marinieranstalt ges.
Heinr. Ihde Nachf.
Töpferweg 61-63.
Eine Wohnung
einzelne Leute zu vermieten.
Arminstraße 7.

Suche eine größere Wohnung, möglichst in der Nähe des Burators. Angebote unter **B W** an die Expedition dieses Blattes. (1209)

Gebraucht. **Kinderboot** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisang. unter **L 13** an die Expedition dies. Blattes. (1212)

Guterhalt. Kinderwagen
auf Gummireifen zu verk. Preis 6 Mk. (1220) Kottwitzstr. 18 pt.

Zufall. Wunderschöne moderne Garnitur nur **90 Mk.** zu verk. Laager Wohnstr. 83. pat. (712)
50 schöne Damen-Mästen-Kopf. billig zu vermieten. (1019) Breite Estrade 24 part. Klügel.

Flotter Damen-Maskenanzug
zu vermieten (Würfelspiel). (1217) Gruner Wea 6b.

Es können noch einige Herren am **Mittagstisch** teilnehmen, a Portion 55 Pfg. (1212) Georgstraße 29, parterre.

Achtung!
Donnerstag in Schwartau auf dem Schwartauer Marktplatz verkaufe frische Seefische, Goldbunt, Etwa 80 Pfg., 6 Stück geringe 10 Pfg.
Emilie Boy, Könningsstraße 61, Fischhandlung. (1214)

Moderne Photographien
zu billigen Preisen.
Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
Sonn- und Wochentags den ganzen Tag geöffnet; des Abends Aufnahmen bei elektr. Licht. (497)

Rechnungstomulare
werden bei bestellt in der Buchdruckerei des **Lüb. Volksboten.**
Johannisstraße 46.

Achtung!

Einwohner Schlutups.
Öeffentliche
Protestversammlung
am Sonnabend, dem 22. Februar 1913
abends 8 1/2 Uhr
im Gathhof „Zur Post“, Besitzer Herr H. Vetter.
Tagesordnung:
1. Will man den Konsumverein durch Steuern erdroffeln?
Referent: Herr Arbeiterssekretär F. Mehrlein.
2. Freie Aussprache.
Konsumenten Schlutups! Durch die vom Senat bei der Lübecker Bürgerschaft beantragte Warenhaussteuer ist auch die in Schlutup bestehende und sich der allgemeinen Anerkennung der Schlutuper Konsumenten erstreuende Warenabgabestelle mit bedroht. Es gilt, gegen diese beantragte Steuer durch zahlreichen Besuch zu protestieren.
Das Erscheinen der Einwohnerschaft Schlutups, Männer und Frauen, ist dringend notwendig.
Der Vorstand
des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.
4 guterhalt. Polster-Stühle billig zu verkaufen. (1218) Fuedenstraße 18, II.
1 Plättchen mit 4 Eiern, 2 Gabeln, 1 Messer und 2 neue Damenschürzen zu verkaufen. (1208) Travemünde, Kungartenstraße 117.

Achtung!

Guterhalt. Kinder-Klappwagen
billig zu verkaufen.
(1213) Rogeburger Allee 25b, II.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen, Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Kabattmarken.

Kinderschutz
u. Frauenstimmrecht.
Oeffentl. Versammlung
am Freitag, dem 21. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im Weißen Saal der Stadthalle.
Referent:
Frau Prof. Wendt-Hamburg
Diskussion. (1205)
Damen und Herren willkommen.
Der Verein für Frauenstimmrecht.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

Visitenkarten

empfehlen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Schon manche Mutter hat darüber geklagt, daß ihr blutarmes, bleichsüchtiges Kind aus Appetitmangel die kräftigsten Speisen zurückwies. In solchen Fällen empfiehlt sich die Ernährung mit „Kufete“, denn es ist nicht allein nahrhaft und leicht verdaulich, sondern vermag sich auch durch die verschiedenen Formen seiner Anwendung — siehe „Kufete“-Rechnbuch — dem Geschmack jedes Patienten anzupassen. Kinder nehmen es besonders gern in Milch oder Kakao. (1200)

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Derrit und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.



Rheinperle

Margarine ganz frisch vom Block in allen Geschäften. feinsten Molkereibutter gleich.

Überall erhältlich

Jürgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) SOLO in Carton. Fabrikanten der altbewährten Marke

1199

Strickmaschine

zu verkaufen. (1211) Georgstraße 88, III.

Ein gutes trockenes

Buchen-Abfallholz

ab Fabrik 80 Bfg. und frei Haus 1 Mk. pro Saft. (4)

F. E. Schacht & Co., Tel. 299. Moislinger Allee 41.

Zentral-Hallen

Dankwartstraße 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

BALL

d. Former Lübecks

verbunden mit

Kappenfest

am Sonntag, 22. Februar

im Lokale „Weißer Engel“ (Raschburger Allee).

Anfang 7 1/2 Uhr.

Hierzu laden ergebenst ein (1214) Das Komitee.

Zentralverband der

Zimmerer

Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 20. Februar

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 58-52.

Tagesordnung:

1. Bericht von der 20. Generalversammlung.

2. Beschlußfassung über die Höhe der zu zahlenden Beiträge zur Lebensversicherung.

3. Sonstige Berichtsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit des zweiten Punktes der Tagesordnung ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.

(1211) Der Vorstand.

Heilkunde H. Bruse

Lübeck, Schönböckener Straße 16. Empfehle mich für Gicht-, Gelenk-, Rheumatismus- u. Nerven-Kranke. Heilung in 3-4 Wochen. (1219)

Ein junger Hahn

zu verkaufen. (1198) Ziegelstr. 86.

Trinkt

Bunteküh-Kümmel

Dampfkorn-Brennerei Bunteküh.

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4/8 an. Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 18. — F. 808. (405)

Hansa-Theater

Täglich:

Rund

um

die

Alster

mit Gebr. Wolf

in den Hauptrollen.

Anfang 8 1/4 Uhr Anfang

Kabarett ab 11 Uhr:

Bondi der urkomische Lautenschläger

mit seinem Damenchor von Künstlerinnen. (1215)

Stadthallen-Theater.

Direktion: E. Feldhusen.

Donnerstag, 20. Februar, 8 1/2 Uhr

Zum 2. Male der neue Schlager:

Die Doppel-Ehe.

Schwanz in 3 Akten von Kraus.

Kolossaler Lacherfolg. (1221)

Vorverkauf bei Fr. Nagel u. C. Noß.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 20. Februar 1913

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

132. Vst. i. B. u. 22. Vst. i. Freitag-Ab.

Wegen Erkrankung des Herrn Barth

und des Fr. Overhoff anstatt

„Das Rheingold“

Carmen.

Oper von Bizet.

Große Preise.

Freitag, den 21. Februar 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

131. Vst. i. B. u. 22. Vst. i. Donnerstag-Ab.

Bummelstudenten.

Große Woffe nach Wohl u. Wilten

von Schanzer und Bernauer.

Musik von Brettschneider und

Wogumil Zepier.

Mittelpreise. (1208)

In Vorbereitung: Fra Diavolo.

Oper von Auber. Frau Justus

Anthe. Schauspiel von Otto

F. Grillparzer.

Teuere Zeiten!



Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 18. Februar.

115. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kräfte.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pole) hat angefragt, warum die Aktien über die Nachwahl in Schwab beim Reichstage noch nicht eingegangen sind. Heute zieht er die Anfrage zurück, da die Aktien gestern eingetroffen sind.

Die Abgg. Dr. Paasche (N.) und Dove (W.) weisen in einer Anfrage darauf hin, daß der preussische Handelsminister dem Bankensortium, das die Zulassung junger Aktien und Obligationen der deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft zur Notiz an der Berliner Börse beantragt, erklärt hat, er werde wegen der ablehnenden Haltung der Gesellschaft gegenüber der Petroleummonopol-Vorlage, solange dieser Gesetzentwurf in Frage liege, die Beratung und Beschlußfassung über die beantragte Zulassung seitens der Zulassungsjuristen nicht dulden. Sie fragen, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um solche ungerechtfertigte Einwirkung auf ein Privatunternehmen zu verhindern.

Unterstaatssekretär in Reichsamt des Innern Dr. Richter: Der preussische Handelsminister hat einen Vertreter des Konsortiums seine Auffassung mitgeteilt, daß, solange die Besprechungen über das vorgelegte Petroleumgesetz noch schweben, eine Unsicherheit für die künftige Gestaltung der Verhältnisse der Gesellschaft besteht, die eine zuverlässige Bewertung der neuen Papiere hindert, weswegen sie zur Börse nicht zugelassen sind. Auch widerspreche es dem Staatsinteresse, die Zulassung derartiger Papiere im gegenwärtigen Zeitpunkt amtlich zu fördern. Zu Maßnahmen des Reichskanzlers liegt ein Anlaß nicht vor. (Abg. Dr. Arendt: Sehr richtig! Heiterkeit.)

Die am 2. Juni 1911 in Washington unterzeichnete revidierte Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und des Ausführungsgezetzes dazu werden in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Die Wahlen der Abgeordneten Siebenbürger (Konf.) und Haase (Soz.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Meyer-Herford (Nat.). Die Kommission beantragt Gültigkeit, die Sozialdemokraten beantragen die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Stücklen (SD.): Der Wahlkommissar Landrat von Borries hat in einer konservativen Wählerversammlung vor der Stichwahl zur Wahl Meyers aufgefordert und seine ganze Autorität dafür eingesetzt. In solchen Fällen hat der Reichstag früher die Wahlen für ungültig erklärt, die Wahl der sozialdemokratischen Abg. Braun, weil der Regierungspräsident zugunsten des konservativen Kandidaten ein Flugblatt unterschrieben hatte und die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Buchwald, weil der Staatsminister als Mitglied des reichstreuvereins vor der Aufstellung eines agrarischen Kandidaten gewarnt hatte. Um wieviel mehr muß jetzt die Wahl für ungültig erklärt werden, wo die Agitation des politischen Beamten Erfolg hatte. Solchen ungesetzlichen Eingriffen politischer Beamter kann nur ein Riegel vorgehalten werden, wenn so zustande gekommene Wahlen für ungültig erklärt werden. Tun Sie das nicht, so schaffen Sie folgenden Zustand: Greift ein Beamter ein und es wird ein Sozialdemokrat gewählt, so wird die Wahl fälscht; greift ein Beamter ein und es wird ein Konservativer oder Nationalliberaler gewählt, so wird das Mandat bestätigt. Das hieße geradezu eine Prämie für die Landräte ausgeben, sich in den Wahlkampf einzumischen. Wollen Sie nicht zweideutiges Recht schaffen, so müssen Sie die Wahl für ungültig erklären. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (W.): Auch wir verlangen von den politischen Beamten Zurückhaltung. Die ist

aber hier geübt worden, denn Herr v. Borries hat nur in einer geschlossenen Vertrauensmännerversammlung gesprochen, und zwar als Privatperson. Im Falle Braun hatte der Regierungspräsident das Flugblatt mit seinem Amtsscharakter unterzeichnet und im Falle Buchwald ist die Kassierung der Wahl nach unserer Meinung zu Unrecht erfolgt.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten für gültig erklärt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt bei den Titeln, die die einzelnen Beamtentatortoren betreffen.

Hierzu hat die Budgetkommission eine Reihe von Zulagen in den Etat eingelegt; außerdem empfiehlt sich in einer Resolution eine stärkere Vermehrung der höheren Stellen, in einer zweiten beantragt sie, daß die Post- und Telegraphensekretärprüfung zum zweiten Male wiederholt werden kann, in einer dritten ersucht sie, noch vor der dritten Lesung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Besoldungsgezetze, durch welchen die Postassistenten und Postunterbeamten jene Gehaltsätze erhalten (1800—3600 resp. 1200—1800 Mk.), welche der Reichstag in zweiter Lesung beschlossen hat.

Präsident Kämpf teilt mit, daß die namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage am Donnerstag stattfinden soll.

Abg. Antrick (SD.) bringt eine Reihe von Beschwerden über unregelmäßige Postbestellung in Braunschweig vor. Häufig werden Briefe für ihn auf der im selben Gebäude befindlichen Redaktion abgegeben und umgekehrt, häufig erhält er keine Postfächer von wildfremden Privatpersonen. Im Laufe von vier Jahren ist trotz mehrfacher Beschwerden eine Abhilfe nicht erfolgt und deshalb muß einmal von der Tribüne des Reichstages auf diese Mißstände hingewiesen werden. Die Schuld daran haben nicht die Unterbeamten, sondern das elende fiskalische Sparsystem. Solange man nicht mehr Beamte einstellt, solange die Unterbeamten unter der Ueberarbeit leiden, solange werden auch die Verhältnisse die gleichen bleiben. Aus Mangel an Beamten stellt man Hilfskräfte ein, die für den Dienst nicht genügend ausgebildet sind. Die Ueberlastung in Braunschweig ist zu einem großen Teil Wert des Postdirektors Kulemann, der aus dem Osten hergekommen ist. Von ihm wird erzählt, daß er die Beamten in einer ganz inhumanen Weise behandelt, so daß sie nicht mal Zeit haben, ihre Mahlzeiten einzunehmen. Unter seinem Amtsvorgänger waren die Verhältnisse in Braunschweig erheblich besser.

Abg. Erzberger (Ztr.) bittet um eine Erklärung des Staatssekretärs, er werde keine Schwierigkeiten machen, wenn ein Postbeamter als Kandidat für einen einzelstaatlichen Landtag aufgestellt werde.

Staatssekretär Kräfte erwidert, in solchen Fällen seien noch nie Schwierigkeiten gemacht worden, und würden auch in Zukunft nicht gemacht werden.

Abg. Böhle (SD.) beschwert sich über zu langsame Postbestellung von Straßburg nach Ruprechtsau. Geiswolsheim wünscht bessere Telefonverbindung. Notwendig wäre auch, die Einrichtung eines Postschekamts in Straßburg.

Abg. Sachse (SD.): Ich habe im vorigen Jahre die Behauptung der Steigerzeitung vorgebracht, wonach die Vermutung bestand, daß bei dem Kampf der Bergherren im Ruhrrevier gegen den Steigerverband auch Postbeamte sich dazu hergegeben hätten, um Mitglieder des Steigerverbandes zu ermitteln. Ich kann heute zu meiner Freude konstatieren, daß durch den Verlauf des Prozesses der Verdacht gegen die Postbeamten sich als unbegründet herausgestellt hat.

Abg. Hubrich (Wpt.) bringt einige Titel und Ordenswünsche der Kandidaten vor und begründet einige Resolutionen seiner Freunde auf Zurechnung pensionfähiger Zulagen der Postassistenten und Postschaffner zu dem anrechnungsfähigen Gehalt, auf unfindbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfen und auf Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten.

Abg. Hubrich (Wpt.) bringt einige Titel und Ordenswünsche der Kandidaten vor und begründet einige Resolutionen seiner Freunde auf Zurechnung pensionfähiger Zulagen der Postassistenten und Postschaffner zu dem anrechnungsfähigen Gehalt, auf unfindbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfen und auf Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten.

Abg. Schirmer (Ztr.) vertritt speziell Wünsche des weiblichen Personals.

Abg. Werner (Ant.) wendet sich gegen den Vorredner; solange wir noch genug Männer haben, sollen keine Damen angestellt werden. (Zust. rechts.)

Abg. Struve (Wp.): In der Kommission hat das Zentrum die Resolution auf unfindbare Anstellung der Beamtinnen abgelehnt. Nach der Rede des Herrn Schirmer erwarte ich, daß seine Freunde keinen Antrag zustimmen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Das Zentrum wird in der Frage der Rückbarkeit der Beamtinnen an seiner ablehnenden Haltung festhalten, der Abg. Schirmer hat nur für seine Person gesprochen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission sowie die von der Kommission beantragten Erhöhungen der Etatstitel werden mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution der Volkspartei betr. die Anrechnung pensionfähiger Zulagen der Postassistenten und Postschaffner kommt es zum Hammelsprung. Der Antrag wird mit 185 gegen 103 Stimmen angenommen. Angenommen wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Rechten die Resolution der Volkspartei auf unfindbare Anstellung der Beamtinnen. Mit großer Mehrheit angenommen wird der Antrag der Volkspartei auf einheitliche Besoldung der gehobenen Unterbeamten.

Die Ostmarkenzulage in Höhe von 1 100 000 Mark beantragt die Kommission zu streichen.

Abg. Schlee (N.) begründet einen Antrag, diese Zulage auf 2 100 000 Mark festzusetzen, und für alle mittleren Kanzlei- und Unterbeamten in sämtlichen gemischtsprachigen Teilen des Reichspostgebietes sie zu gewähren. Sie solle einen Ausgleich für die Schwierigkeit der Tätigkeit der Beamten in den gemischtsprachigen Gebieten sein. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Schulz-Bromberg (Wp.) begründet einen Antrag der Rechten, die Zulage auf 2 Millionen Mark zu beziffern, und auf die Beamten in Elsaß-Lothringen auszudehnen. Einen politischen Charakter trage die Zulage nicht.

Leдебур (SD.): Wenn die Vorredner den politischen Charakter der Ostmarkenzulage bestritten, setzen sie sich im Gegensatz zur ganzen Geschichte der Zulage. Man sagt, die Reichsbeamten sollen nicht schlechter gestellt werden als die preussischen. In Preußen aber hat man die Ostmarkenzulage ohne Rücksicht auf die Anschauungen des Reichstages eingeführt, im Gegensatz zu den Anschauungen des Reichstages sollte sie der Bekämpfung der Polen dienen, die Polen sollten unter ein Ausnahmerecht gebracht werden. Wollte Preußen eine nationale Politik treiben, so dürfte es sich nicht im Gegensatz zum Reich bringen. (Sehr richtig!) Herr Schlee meinte, es ginge uns nichts an, warum Preußen die Zulage eingeführt hat. Das heißt, das Reich müsse blindlings den Herren Dallwitz & Co. in Preußen Gefolgschaft leisten. Daß diese Zulage eine Korruptionszulage ist, braucht nicht im Einzelnen bewiesen zu werden, das liegt in der Sache selbst, in dem Zweck, zu dem sie gegeben ist, nämlich um die Beamten in Polen und Westpreußen, wo die preussische Regierung einen sogenannten antinationalen Kampf gegen die Polen führt, zu Schikanezungen aller Art auf die Seite der Regierung zu bringen. (Sehr richtig!) Daß alle Beamten im Einzelnen korruptiert worden sind, nehme ich nicht an, sehr viele werden sich tief innerlich schämen (Lachen rechts), daß eine Regierung diese korruptierende Aufforderung zu Handlangerdiensten in einem Kampf für die Unterdrückung einer Nationalität an sie stellt. (Zuruf rechts: Sie haben es alle genommen.) Was würde wohl einem Postbeamten geschehen sein, der erklärt hätte, ich nehme eine solche Korruptionszulage nicht. Er wäre gewiß heraufgeschmissen worden, wie ein großer Herr neulich von seinem Verwalter erklärt hat. (Heiterkeit.) Daß in einzelnen Fällen die Zulage ihren korruptierenden Einfluß ausgeübt hat, dafür sind seit Jahren von den polnischen Vertretern zahlreiche Beispiele hier niedergelegt worden. Sie haben die Verschärfung des Kampfes zwischen Polen und

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wir werden das hübscheste Paar in Wellhafen sein,“ meinte er einfach.

„Ohne jede Ausnahme,“ bestätigte ihm Herr Löbel euphonisch.

Die dicke Dame im Lehnhuhl blühte gütig auf das Paar. „Es erinnert mich an unsere Hochzeit,“ sprach sie weich. „Was sagte doch damals Thomas Mahnk, Vater? Erinnerst Du Dich noch?“

„Du meinst Richard Schmidt,“ verbesserte Herr Löbel. „Ich bin sicher, daß Thomas Mahnk etwas sagte,“ beharrte seine Frau.

„Das tat er auch,“ bestätigte grimmig Herr Löbel, „und ich habe ihm beinahe deswegen den Schädel eingeschlagen. Aber Richard Schmidt ist der, an den Du denkst.“

Nach einem Augenblick des Nachdenkens gab Frau Löbel zu, daß er recht habe, und da die Gedankenreihe nun schon einmal berührt war, kam sie ausführlicher auf ihre eigene Hochzeit und die sie begleitenden, etwas aufregenden Umstände zu sprechen. Darauf holte sie eine mit dem Etikett „Portwein“ versehene Flasche aus dem Schrank, füllte vier Gläser, und so feierten sie die Gelegenheit in passender, aber etwas nüchternen Weise.

„Das ist,“ sprach Herr Schümann zu sich, als er an diesem Abend auf dem Rande seines Bettes saß, um sich die Stiefel auszuziehen, „das ist die Folge davon, wenn man jeden mit einem kleinen Scherz glücklich und zufrieden machen will. Ich bin nur neugierig, was der Alte dazu sagen wird.“

Neuntes Kapitel.

Die Neuigkeit von der Verlobung seines einzigen Sohnes raubte Kapitän Schümann fast den Atem, was, wenn man die Dinge im rechten Licht beseht, vielleicht das Beste war, was geschehen konnte. Er saß in stiller Wut zu Hause, nur dann in hellen Zorn ausbrechend, wenn die wohlmeinende Frau König versuchte, seine Schmerzen zu lindern, indem sie dieselben mit denjenigen Hiobs verglich. Ihre Bemerkung, daß er, wenigstens so weit sie sich erinnern könne, noch nie im Leben mit Schwären bedeckt gewesen sei, gab seiner Geduld den letzten Stoß, und da er sich zu seiner Verzweiflung seine Unfähigkeit eingestehen mußte, für das Wohlziummer passende Ausdrücke für die Worte, die auf seinen Lippen zitterten, zu finden, zog er hastig in den Garten zurück.

Sein Sohn trug seine neuen Ehren mit großer Tapferkeit. Einen stehentlichen und entrüsteten Brief seiner Schwester beantwortete er ernsthaft dahin, daß er sie an den Unterschied in ihren Jahren erinnerte, wie auch daran, daß er sich nie in ihre Liebesleiden eingemischt habe, wie schmerzhaft sie auch oft für sein brüderliches Herz gewesen seien. Er rief ihr, solche Spielereien in Zukunft zu unterlassen und sich statt dessen nach einer Verbindung mit einem edelmütigen Menschen umzusehen, der ein großes Bankkonto und eine offene Hand, verbunden mit einer Vorliebe für die Verwandten seiner Frau, besitze.

Ernst Thieffen gegenüber, der eines Abends einen schwachen Widerspruch wagte, war er weniger geduldig und entfaltete dabei eine neu erworbene Würde, die für diesen wohlmeinenden Herrn eine Quelle beträchtlicher Verlegenheit war. Er stand sogar auf, um seinen Hut zu holen, und nur den körperlichen Anstrengungen seines Wirtes gelang es, ihn zu veranlassen, seinen Platz wieder einzunehmen.

„Ich wollte Dich nicht beleidigen,“ jagte Ernst.

„Du tatest es aber,“ erwiderte der Gefränkte.

Thieffen entschuldigte sich.

„Solche Redensarten bedeuten eine Geringschätzung meiner künftigen Frau,“ sprach Schümann energisch. „Auserdem, was geht Dich das an?“

Thieffen sah ihn gedankenvoll an. Es war schon eine ganze Zeit vergangen, seitdem er Fräulein Schümann zuletzt gesehen hatte, und er fühlte, daß er wertvolle Zeit verlor. Er hatte große Dinge von der Zukunft ihres Bruders erhofft, und nun sahien ihm seine Freundschaft mit ihm schlimmer als nutzlos zu sein. Er beschloß, ihn ins Vertrauen zu ziehen.

„Ich sprach aus selbstjüchtigen Gründen,“ erklärte er schließlich. „Ich wünschte, Du solltest Dich wieder mit Deinem Vater vertragen.“

„Warum?“ erkundigte sich der andere erstaunt.

„An mir den Weg zu ebnen,“ fuhr Thieffen fort und sprach mit lauter Stimme, als er an seinen Kummer dachte, „und nun hat Deine verwünschte Heiratgeschichte alles verborgen. Ich würde mich gar nicht darum kümmern, wenn Du heiratest, wenn es mir nicht bei meinen Angelegenheiten so in die Quere käme.“

„Meinst Du,“ fragte der erstaunte Herr Schümann, „daß Du zu meinem Vater in freundschaftliche Beziehungen treten willst?“

„Ja.“

Herr Schümann sah ihn mit großen Augen an. „Du bist doch nicht etwa einmal auf den Kopf gefallen, oder es ist Dir sonst etwas derartiges passiert?“ fragte er.

Thieffen schüttelte ungeduldig den Kopf. „Du scheinst selbst nicht gerade an Ueberfluß an Geist zu leiden,“ gab er zurück. „Ich will nicht wieder beleidigt werden, aber ich sollte meinen, es ist klar genug, daß es nur einen Grund für mich gibt, weshalb ich mich darum bemühen sollte, die Gesellschaft Deines Vaters zu suchen.“

„Ueber meine Intelligenz kannst Du sagen, was Du willst,“ erwiderte der pflichtbewußte Sohn, „aber ich kann mir keinen denken — nicht den geringsten. Nicht — barmherziger Gott — das meinst Du doch nicht — das kannst Du doch nicht meinen!“

Thieffen sah ihn an. „Das doch nicht?“ rief Herr Schümann, dessen Verstand plötzlich ziemlich scharf geworden zu sein schien — „doch nicht?“

„Warum nicht?“ fragte der andere.

Herr Schümann lehnte sich in seinen Stuhl zurück und sah dann seinen Freund mit einem Ausdruck gütigen Interesses an.

„Nun, deswegen brauchst Du Dich um meinen Vater doch nicht zu beunruhigen,“ jagte er, „er wird nichts dagegen haben.“

„Wie?“ rief Thieffen und sprang von seinem Stuhl auf.

„Es wird ihm höchst willkommen sein,“ erklärte Schümann positiv. „Es wird ihm nichts lieber sein, und ich glaube, Dir ein Geheimnis anvertrauen zu können: sie liebt Dich!“

Thieffen errötete. „Woher weißt Du das?“ stammelte er. „Du kannst Dich darauf verlassen,“ bestätigte der andere eindringlich. „Ich habe selbst gehört, wie sie es sagte. Aber Du bist so offen mir gegenüber gewesen, Ernst, daß ich Dir auch sagen möchte, was ich davon halte.“

„Ich das,“ hat sein verwirrter Freund.

„Ich glaube, daß Du Dich fortwirfst,“ setzte ihm Schümann auseinander, „für mein Gefühl ist das eine in jeder Beziehung unpassende Verbindung. Sie hat weder Geld, noch ist sie hübsch, und hat auch keine Figur. Sie hat nichts als ein gutes, treues Herz, und das ist auch schon ziemlich abgenutzt. Daß sie schon einmal verheiratet war, wirst Du wohl wissen?“

„Was?“ rief der andere aus. „Verheiratet?“

Herr Schümann nickte. Sein Gesicht war vollkommen ernsthaft, aber der Spas begann auf seine Nerven derartig zu wirken, daß es nicht mehr lange auszuhalten war.

„Ich dachte, daß es jeder wüßte,“ meinte er, „wir haben niemals ein Geheimnis daraus gemacht. Ihr Mann starb vor zwanzig Jahren.“

„Zwanzig —“ rief sein Zuhörer, dem plötzlich ein Platz auiging, „wer? was?“

Deutschland beträgt. Die Scham daran mag die preussische Regierung, vor allem die schamlose Umkleepolitik, durch die jeder Pole aufs äusserste aufgepeitscht werden muß. Wenn Sie etwa unter russischer Herrschaft lebten, würden Sie versuchen, der russischen Regierung, Ihnen mit solchen Mitteln die russische Sprache aufzuzwingen, aufs erbitterteste entgegenzutreten. Sie würden nicht so zahm sein wie die Polen. Nicht hat hier ein nationalliberaler Herr von seinen Beobachtungen in China erzählt, und dabei mitgeteilt, wie die dortigen konservativen Patrioten aus Haß gegen das republikanische Regime die neuen republikanischen Steuerernehmer totgeschlagen hätten, und er knüpfte daran die Bemerkung: „Man kann ihnen das garnicht einmal übelnehmen.“ (Seiterkeit.) Ich habe noch nicht gehört, daß die Polen, die zweifellos in Preußen mehr zu leiden haben, als die konservativen Chinesen von der Republik, das Totschlag der Steuerernehmer für erlaubt halten. (Seiterkeit.) Die Schärfe des nationalen Kampfes ist lediglich aus den Maßnahmen der preussischen Regierung entkorporungen, will man diese Schärfe mildern, so muß man die Ausnahmegelege befeitigen. Tun Sie das, so wird sich allmählich wieder ein friedliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschen herausbilden. Mit dieser Politik vertreten gerade wir den deutschen nationalen Gedanken im besten Sinne (Zust. bei den Soz.), denn es ist entwürdigend für ein Volk, es korrumpiert ein Volk, wenn es sich zur Unterdrückung fremder Völker, die seinem Staatswesen einverleibt sind, hergibt. Das entwürdigend ein Volk so sehr, daß ich ein Gefühl der Beschämung als Deutscher darüber empfinde. (Gr. Unruhe rechts; Zust. bei den Soz.) Diese Auffassung des Nationalbewußtseins entspricht derjenigen, die die Vorkämpfer des nationalen Gedankens für Deutschland hatten. Wie haben denn die Männer, die mit Einbürgerung ihrer ganzen Persönlichkeit vor 100 Jahren den nationalen Gedanken in Deutschland entzückt haben, darüber gedacht! Der nationale Gedanke entstammt bei diesen Männern aus dem Gedanken der Befreiung von der Fremdherrschaft, und der Befreiung von den eigenen Gewalttherrschern. Eine sehr zeitgemäße Lektüre würden heute die Reden Johann Gottlieb Fichtes an die deutsche Nation sein. Dort finden Sie keinen nationalen Gedanken, der an Ihre Unterdrückung erinnert, sondern an unsere Aufjüngung. (Lachen rechts und bei den Natl.) Sie laßen, weil Sie Fichte nicht kennen. Dieser Vorkämpfer des Deutschtums, der den deutsch-nationalen Gedanken zu einer Zeit verfocht, zu der die preussischen Bureaufürsten hier im Auftrage der französischen Fremdherrschaft das Deutschtum verfolgten, schrieb in jener Zeit von einem wahrhaften Reich des Rechts mit voller Freiheit der Bürger; er trat ein für die Befreiung Deutschlands, für Freiheit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt.“ (Hört, hört! beiden Soz.) So, dachte Fichte, würde es in dem deutschen Reiche der Zukunft aussehen, das er und die besten Männer seiner Zeit mit ihm ersehnten. Wenn heut ein solcher Geist herrschend stiege, und sähe, was unsere Machthaber und unsere herrschenden Klassen aus diesem deutschen Reiche gemacht haben, — er würde sich schämen über diese Nachkommen, über diese Entwürdigten und Entarteten des nationalen Gedankens. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Diese Worte von der Freiheit alles dessen, was Menschenanständig trägt, hat auch Johann Fichte wiederholt. Leider sind diese Gedanken heute bei denjenigen Parteien verhallt, die sich als Erben des deutschen Gedankens aufspielen; aber wir Sozialdemokraten haben diese Gedanken in allen Ländern aufgenommen. (Zust. bei den Soz.) Wenn die gegenwärtige Geschichtsperiode überwunden sein wird, wenn ein wirkliches Reich der Freiheit und des Rechtes in Deutschland und darüber hinaus errichtet sein wird, dann wird der Geschichtsschreiber auf diesen nationalen Gedanken hinweisen, um zu zeigen, wie in den Händen der Machthaber stets alles Gute und Edle entartet. Wir werden diese Entartung bekämpfen, bis das Ziel erreicht ist, das Fichte und den anderen großen Vorkämpfern des nationalen Gedankens vorgeschwebt hat. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Chlapowski (Pole): Nur politische Gründe haben Preußen zur Gewährung der Ostmarkenzulage veranlaßt. Das sie korrumpierend wirkt, beweisen unsere Erfahrungen, durch sie wird lediglich ein Demagiantentum großgezogen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Herr Kopsch sprach neulich vom „bedrückten“ Deutschtum in den Ostmarken; im Stenogramm ist das „bedrückte“ nicht zu finden. (Hört, hört!) Mit Recht, denn es gibt in den Ostmarken nur bedrückte Polen. Der nationalliberale Antrag will die Zulage auf alle gemischtsprachigen Gebiete ausdehnen. Wo ist da die Grenze. In den gemischtsprachigen Gebieten gehören auch Berlin und das Ruhrgebiet. Fort mit dem Korruptionsfonds aus dem Etat des Reichs. (Bravo! bei den Polen.)

Hüblich (Sp.): Wir werden für alle Anträge stimmen, die den Postbeamten in den Ostmarken die früher gewährte Zulage belassen wollen. Wir sind für diese Zulage von dem Augenblick an eingetreten, wo sie „unwiderruflich“ gewährt wurde. Ein Beweis für eine korrumpierende Wirkung der Zulage ist bisher nicht erbracht.

Schumann legte, unfähig einer Antwort, seinen Kopf auf den Tisch; wie wahnhaftig fuhr er mit der Hand in der Luft herum, während sich seiner gequälten Brust ein feuchendes Stöhnen entrang.

„Die gute Tante —“ sagte er, „wie würde sie sich freuen, wenn sie es wüßte! Mach doch nicht so ein Geschäft, Thiesen, Du bringst mich noch um!“

„Du schämst Dich zu erwähren,“ sagte Thiesen zwischen den Zähnen.

„Und außerdem wirst Du Käthes Dintel,“ fuhr Herr Schumann fort, indem er sich wieder aufrecht hinsetzte und seine Augen wüch. „Arme, kleine Käthe!“

Dann legte er den Kopf wieder auf den Tisch. „Und macher auch!“ — leuchtete er. „Dintel Ernt! Dich müß doch n Droschen, Dintel!“

Herr Thiesens Miene voll erhabenen Zornes diente nur dazu, zu zeigen, daß Schumann seine Fassung wiedererlangte, aber schließlich richtete er sich wieder auf und sprach, nachdem er seine Augen ein letztes Mal gewischt hatte, sein Opfer göttig an.

„Ja, ich werde für Dich tun, was ich kann,“ bemerkte er, „aber ich lehne mir, Du weißt, daß Käthe morgen zu einem dreiwöchigen Besuch nach Berlin abreist.“

Der andere erwiderte, daß er es nicht wisse, was Kling gemacht durch die von Schumann erwähnte, betraugte er seinen Stesad ergriffen.

„Es ist wirklich sehr“ beängstigte Schumann, „ne will Besondere von uns begehren. Sie hatte einen der Knaben — ihren Beizer herbert — immer sehr gern, Da darfst Dich aber nicht wundern, wenn sie verläßt zurückkommt. Aber ich denke mir, in drei Wochen wirst Du sie wohl vergeblich haben. Und außerdem glaube ich, Du wüdest der letzte sein, daß der sie nicht mehr würde. Wenn Du mich ein Glas nach Hause begleiten wüdest, werde ich Dich mit Sachosen aus dem Kinderzeit unterhalten die wünschenswertesten werden, daß Du Deine Anwesenheit gütlich überst.“

„In der Eile über empfang Herr Edward Lampe, der eine Antwort erhalte, ich die Nachricht von Amelia Labels Anwesenheit in einem Hause voller Besorgnis, und habe für die besten Sympathieausdrücken seiner Nachbarn nur meine Ohren.“

(Geschichte folgt.)

selben Grund für die Ostmarkenzulage gestimmt, aus dem er den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes angenommen hat; die Partei, die solange das politische Mauerblümchen gepießt hatte, wollte den Länger von der Rechten nicht verlieren. (Seiterkeit.) Dann werden die Herren auch noch deshalb immer haftiglicher, weil durch den polnischen Besott auch die Kleinbürger, die ihnen noch anhängen, den Nationalitätenkampf in den Ostmarken zu fühlen bekommen. Wir lehnen natürlich auch die Anträge ab, die die Ostmarkenzulage durch ein Hintertürchen wieder einschmuggeln wollen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. v. Tramczynski (Pole): Der politische Charakter der Ostmarkenzulagen zeigt sich ja daran, daß die Beamten, die polnisch sprechen können, nach dem Westen verlegt werden, und daß die Beamten bei den Wahlen auf ihre Abstammung hin kontrolliert werden. Auch wird den Beamten mit polnisch klingendem Namen nahegelegt, den Namen zu verdeutschen, so daß z. B. aus Adamski ein Adam wird. (Hört, hört! und Hift.)

Abg. Saegy (Cl. Ztr.) erklärt sich für den Antrag, der die Ostmarkenzulage auf Elsaß-Lothringen ausdehnen will.

Staatssekretär Krätke bestreitet, daß von der Postverwaltung Anforderungen der vom Abg. v. Tramczynski angestellten Art gestellt worden sind. Die Regierung will lediglich die Reichsbeamten nicht schlechter gestellt sehen als die preussischen Beamten. (Zuruf b. d. Soz.: Geben Sie die Zulage doch allen Beamten.)

Damit schließt die Debatte, die Abstimmung wird Donnerstag stattfinden.

Es folgt der Titel „Zuschuß zu den Postkrankenassen“. Abg. Haberland (Sd.): Die neuzuschaffende Krankentasse ist als große soziale Tat gepriesen worden. Aber dem Statut haften doch sehr erhebliche Mängel an. Vorkünftig haben sich auch erst 432 Beamte zum Beitritt gemeldet. Im Westen ist die Beteiligung stärker, dort scheint ein gewisser Druck auf die Beamten ausgeübt worden zu sein. (Hört, hört!) Die Mängel des Statuts wären jedenfalls vermieden worden, wenn man die Beamten mehr gehört hätte. Die vorgesehene Selbstverwaltung ist viel zu gering. Dem Vorsitzenden steht die Hälfte der vertretenen Stimmen zu. Das ist allerdings nicht die Mehrheit, sondern nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission ein Drittel der Stimmen. Wir verlangen volle Selbstverwaltung durch von den Beamten gewählte Vertreter. (Sehr richtig!) Ein weiterer Mangel ist der Ausschluss der Pensionäre aus der Kasse. Das kann dazu führen, daß Beamte jahrelang Beiträge leisten, und die Kasse gerade dann verlassen müssen, wenn sie krank werden. Das Verheiratete einen höheren Beitrag zu zahlen haben, steht in Widerspruch mit dem hohen Lied, daß jetzt stets auf möglichst hohe Kinderzahl geungen wird. Die Leistungen der Kasse sollten von 26 Wochen auf 1 Jahr erhöht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein großer Mangel ist, daß den Ehefrauen der Mitglieder keine Geburtshilfe gewährt werden soll. Eine ungebührliche Härte liegt auch in der Nichtbezahlung sogenannter großer Heilmittel und der Aufwendungen für Zahnpflege. Angehts der hohen Ueberhörsche der Postverwaltung könnten die Wünsche der Beamten sehr wohl durch Erhöhung der Reichszuschüsse erfüllt werden. (Zust. b. d. Soz.)

Giesberts (Ztr.): Die Klagen über eine zu mangelhafte Selbstverwaltung bei der Krankentasse sind berechtigt, aber man sollte sie nicht zu scharf hervorheben und schon jetzt bei den Beamten einen starken Pessimismus hervorrufen. (Sehr richtig! im Ztr.)

Direktor im Reichspostamt Wickenborn betont, daß die Beamten vor Feststellung des Statuts gehört worden seien. Behrens (Wirtsh.) hält auch weitestgehende Selbstverwaltung der Kassen für erforderlich. Bei diesen Kassen ist die freie Arztwahl eingeführt, was erhebliche Konsequenzen für die Sozialpolitik im allgemeinen haben kann. Die Debatte schließt. — Der Titel wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Zerutenantrag.)

Schluß: 7 Uhr.

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 18. Februar.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 25 Min. eröffnet. Vorneg wird die Wahl der Kommission betr. Erhebung der Stelle des Wertbeamten und des Polizeigenieurs, Errichtung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten erledigt. Es wurden gewählt: Schwarz, Weghe, Thiel, Schwabroch, Löwig, Erasmann, Lippert und D. v. Broden.

Der Wortführer ersucht den Senat, die Warenaussätze heute von der Tagesordnung abzuweisen und sie in einer befonderen Sitzung zu erledigen.

v. Sack wünscht, die Verwaltungsberichte einzeln herauszugeben.

Stellung: Es ist allgemein der Wunsch geäußert worden, daß die Sachen zusammen herauskommen. Das ist auch im vorigen Jahre geschehen. Die Berichte könnten allerdings früher erscheinen oder einzeln im Abzug den Interessenten zugestellt werden.

Dr. Görz: Stellungen Worte sind zutreffend. Wir haben diesen Wunsch getan.

Thiele protestiert gegen die geistige Abstimmung über die Theatervorlage. Nach § 60 müsse eine Gesamtstimmung erfolgen, das sei nicht geschehen. Er beantragt namentliche Abstimmung.

Dr. Görz will die Frage mit den Wortführern prüfen. Komme das Bureau zur Überzeugung, daß dem Einspruch willfahren werden müsse, werde diese Angelegenheit in der nächsten ordentlichen Bürgerchaftssitzung erledigt.

Senator Dr. Fehling: Diese Angelegenheit interessiert auch den Senat. Herr Thiele geht von einer irrigen Ansicht aus.

Aug. Pape: Dann muß der § 65 herangezogen werden.

Dr. Görz glaubt, daß die Abstimmung, wie sie gestern Wortführervertreter Geme vorgenommen habe, richtig ist. Stellung hält die Abstimmung nicht für richtig. Sie sei allerdings durch die Geschäftsordnung gegeben. Es könne aber der Fall eintreten, daß sich jemand der Abstimmung enthalten wolle, deshalb sei es besser, wenn die Gegenprobe vorgenommen werde. Auf die vorgenommene Art ist es ein Parallelspiel.

Dr. Görz: Ich hätte die Frage gar nicht zulassen sollen. Herrn Stelling's Ausführungen sollen auch geprüft werden. Auf einen weiteren Einwand von Aug. Pape stellt der Wortführer die Sache auf die nächste Sitzung zurück.

L. Antrag: Gewährung einer Beihilfe an die öffentliche Rechtsauskunftsstelle.

Stellung: In der vorletzten Sitzung ist von mehreren Herren darauf hingewiesen worden, daß fortwährend vom Sparan geredet, in Wirklichkeit davon aber nichts gemerkt werde. Den Ausführungen Dr. Fichls und v. Schads hat eine Reihe der Anwesenden Beifall geollt. Man soll deshalb da, wo sich Gelegenheit bietet, diese beim Schopfe fassen und heren. Das ist bei unserer ersten Tagesordnungspunkt der Fall. Der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle sollen auf drei Jahre je 7000 Mk. gegen je 6000 Mk. bisher über-

ordentliche Inanspruchnahme der Rechtsauskunftsstelle hervorgehoben. Die Kosten sollen gedeckt werden durch die Grochen der Steuerzahler. Das Finanzdepartement ist der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen an dem bisherigen Zustand nichts geändert werden soll. Ich gestatte mir den Beweis zu erbringen, daß die Rechtsauskunftsstelle in gewisser Beziehung Gebiete behandelt, die nicht in ihren Rahmen gehören. Die Geschäfte derselben werden dadurch forciert, daß man an die Hebammen und die Gemeindevorsteher des Landgebietes Zirkulare hinausendet, die Bestimmungen enthalten über die Maßnahmen vor der Geburt unehelicher Kinder zum Zwecke der Alimentationspflichten. In dem Zirkular werden Hebammen und Gemeindevorsteher ohne weiteres aufgefordert, sich an die Rechtsauskunftsstelle zu wenden. Das ist nicht richtig. Ferner hat auch das Versicherungskamt in der Parade seinen Einzug gehalten im selben Gebäude, wo sich die Rechtsauskunftsstelle befindet. Leute, die beim Versicherungskamt zu tun haben und ihre Sache protokolliert haben wollen, werden an die Rechtsauskunftsstelle verwiesen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat das Versicherungskamt die Wünsche der Antragsteller zu protokollieren. Diesen Bestimmungen wird also nicht entsprochen. Die Rechtsauskunftsstelle wird also in vielen Fällen zur Mitwirkung ernannt, von denen man das Arbeitersekretariat ausschließt. Die Gründe sind ja bekannt. Heute morgen lasen wir, daß ein Mieteinigungsamt in Verbindung mit der Rechtsauskunftsstelle errichtet werden soll. Der größte Teil Arbeiter hat einen Widerwillen gegen die Rechtsauskunftsstelle, und diese Leute will man dorthin zwingen. Im vorigen Jahre wurde beschließen, eine Berufsvoormundschaft einzuführen, ein weiterer hoher Beamter wurde dafür angestellt. Mit der Berufsvoormundschaft und dem Versicherungskamt wurde Dr. Stort beauftragt. Und nun stellt sich heraus, daß die Berufsvoormundschaft als selbständige Abteilung der Rechtsauskunftsstelle übertragen wurde. In den Briefen wird hervorgehoben, daß man sich in Zukunft nur noch an den Unterzeichneten, Rat Dr. Lint, zu wenden habe. Es hat nicht in unserer Absicht gelegen, die Sache so zu regeln. Wenn das Stadt- und Landamt diesen Willen hatte, wäre es verpflichtet gewesen, dies uns mitzuteilen. Zur Berufsvoormundschaft muß man das Vertrauen haben, daß man sich mit Lust und Liebe an den Berufsvoormund wendet. Hier aber wird die Funktion des Dr. Lint mit der Rechtsauskunftsstelle verwechselt. Sie haben dies nicht beschlossen. Hier besitzt die Rechtsauskunftsstelle also ein besonderes Vortrecht. Aber weitere Fälle! Das Versicherungskamt händigt die Akten den beteiligten Parteien oder den Vertretern nicht aus, wer sie einsehen will, muß es an Gerichtsstelle tun, der Rechtsauskunftsstelle aber werden sie ohne weiteres überlassen und ins Bureau mitgegeben. Das Arbeitersekretariat und die Berufsvoormundschaft sind davon ausgeschlossen. Daß hier mit anderer Maß gemessen wird, muß unter allen Umständen verurteilt werden. Weiter heißt es: Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle. Wie kommt es denn, daß bei Klagesachen vor dem Oberverwaltungsamt Entlastung der Voris und Schreibgebühren verlangt werden? Wie ist die Unentgeltlichkeit gewahrt, wenn ein Teil der Parteien die Unkosten der Rechtsauskunftsstelle vergüten soll? Daß dies seitens der Lagerei, Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft geschehen ist, dafür kann ich Beweise bringen. Bei dieser Gelegenheit will ich an Senator Dr. Neumann eine Frage richten. Unsere Rechtsauskunftsstelle gehört bekanntlich dem Verbands gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen an. Es ist schon früher angefragt, ob es wahr ist, daß Rat Dr. Lint als Geschäftsführer dieses Verbandes 3000 Mark Gehalt bezieht. Dr. Lint ist Angestellter des Staates und wird von unseren Steuergrößen bezahlt. Das Arbeitersekretariat hatte den Wunsch, im Adressbuch unter dieselbe Rubrik wie die Rechtsauskunftsstelle: Vereine für gemeinnützige Zwecke gestellt zu werden. Der Verlag hat dem Arbeitersekretariat geantwortet, dies gebe nicht, weil Dr. Lint Einspruch erhoben habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Als Grund hat er angeführt: das Arbeitersekretariat verrichte die Zwecke einer bestimmten politischen Partei und stehe mit ihr in Verbindung. Ich kann nicht annehmen, daß der Adressbuchverlag die Unwahrheit berichtet hat. Wenn Rat Dr. Lint sich als Unparteiischer solcher Ausdrücke bedient, müssen wir Protest erheben. Ist doch die Rechtsauskunftsstelle nichts anderes als das Produkt der vereinigten bürgerlichen Parteien. Bei ihrer Entstehung bestand die Absicht, mit ihr die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Bei der Wahl 1903 wurden von den bürgerlichen politischen Vereinen Zuschüsse geleistet und besträtigt, daß es sich bei der Rechtsauskunftsstelle um eine Gründung gegen die Sozialdemokratie handle. Sie ist also eine politische Gründung. Deshalb ist Rat Dr. Lint's Vorgehen unbegreiflich. Aus dem Senatstrantrag geht hervor, daß sich verschiedene Beitragszahler zurückziehen wollen. Ob bei den Herren dieser Korporation der Beutel leer ist oder ob sie die Nase voll haben, weiß ich nicht. Seinerzeit wurde erklärt, daß sie sich mit vollem Interesse der Sache gewidmet hätten. Wo bleiben sie jetzt, da weiter bezahlt werden soll? Das ist der Idealismus der bürgerlichen Parteien. Sie werden von uns nicht verlangen können, daß wir bei einer ausgeprochenen Gegen gründung des Arbeitersekretariats dem Senatstrantrag zustimmen. Zum mindesten müssen meine Ausführungen dazu beitragen, Sie zu veranlassen, das Arbeitersekretariat genau so zu behandeln wie die Rechtsauskunftsstelle. Es muß mit gleichem Maße gemessen werden. (Beifall bei den Soz.)

Senator Dr. Neumann: Wir sind von dem Vorredner gewohnt, daß er bei jeder Gelegenheit das Interesse der minderbemittelten Kreise vertritt. Das hat ja seine Partei auf die Fahne geschrieben. Um so mehr bin ich erstaunt, daß er gegen diese gemeinnützige Anstalt auftritt, bei der 8000 Personen Hilfe suchten. Der Rechtsauskunftsstelle wird der Vorwurf gemacht, daß sie an außereheliche Mütter und solche, die es werden wollen, herantritt, damit sie ihre Ansprüche gegen den Erzeuger geltend machen. Das ist doch sehr notwendig, liegt nicht nur im Interesse der Mutter und des Kindes, sondern auch der Gemeinde, die sonst die Kosten aufbringen muß. Das ist doch das bedeutendste Verdienst der Rechtsauskunftsstelle, daß sie die Armenpflege entlastet. Dafür gebührt ihr nicht Tadel, sondern Lob. Versicherungskamt und Rechtsauskunftsstelle wohnen nur unter einem Dache, weil wir kein Gebäude für ersteres haben. Es ist ausgeschlossen, daß das Versicherungskamt sich der Pflicht entschlägt, ein Protokoll aufzunehmen. Mietsfreiheiten haben mit der Rechtsauskunftsstelle nichts zu tun. Es bezieht nur eine Personalunion des Einigungsamtes, um öffentliche Klagen zu verhüten. Von einem Widerwillen der Arbeiter gegen die Rechtsauskunftsstelle als Einigungsamt ist mir nichts bekannt. Die Berufsvoormundschaft wurde nicht an die Rechtsauskunftsstelle übertragen. Das Stadt- und Landamt hat seine besondere Abteilung dafür. Die Vertretung der Berufsvoormundschaft ist nur für auswärtige Angelegenheiten der Rechtsauskunftsstelle übertragen, und diese Übertragung ist außerordentlich glücklich. Aus den Worten des Vorredners habe ich nichts entnommen, was dagegen spricht. Wenn das Oberverwaltungsamt der Rechtsauskunftsstelle die Akten übergibt, ist dagegen nichts einzuwenden. Zahlungsfähige Gegner können ruhig zu den Kosten beitragen. Herr Rat Dr. Lint war bereits Verbandsgeneralsekretär der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen, als er zum Oberbeamten

Posten auf Ersuchen weiter bekleiden. Durch diese Tätigkeit wird er seinen hiesigen Aufgaben nicht entzogen. Nachdem die Verbandsgeschäfte geordnet sind, ist ihm vom Verband ein juristischer Hilfsarbeiter zugewiesen. Die deutschen Rechtsauskunftsstellen erheben in der Lübecker ein solches Vorbild, daß sie dem hiesigen Leiter das Vertrauen geschenkt haben. Auch der preussische Handelsminister wies auf die Mühseligkeit der hiesigen Rechtsauskunftsstelle in bezug auf die Bekämpfung der Schwindschirmen hin. Die früheren Geldeheber haben nur beigeleutet, um eine gute Sache aus der Taufe zu heben, sie haben sich nicht auf Ehrlichkeit verpflichtet. Dieser Vorfall ist jetzt da und muß gedeckt werden. Daß im Adressbuch das Arbeitersekretariat nicht mit der Rechtsauskunftsstelle verwechselt wurde, liegt darin, daß das Arbeitersekretariat keine unparteiliche Institution ist. Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratische Partei sind mit ihm untrennbar verknüpft. Neben den vielen und auch nützlichen Einrichtungen, welche die Sozialdemokratie geschaffen hat, ist das Arbeitersekretariat unbedingt mit der Partei und den wirtschaftlichen Formen der Gewerkschaftsbewegung verbunden und daher nicht unparteilich. Der Vorredner hat nicht einen Fall angeführt, wo die Rechtsauskunftsstelle parteiisch gehandelt hat.

Dr. Hartwig kann über die Gründung der Rechtsauskunftsstelle nichts sagen, nur das weiß er, daß die Absichten der Gründer nicht verwirklicht wurden. In den Sitzungen geht es so hartlos zu, daß Herr Stelling seine Freude haben würde. Die Beamten der Rechtsauskunftsstelle enthalten sich jeder politischen Tätigkeit, während die Arbeitersekretäre sich jederzeit politisch betätigen. Ich würde dem Arbeitersekretariat gern Zuschüsse bewilligen, wenn es sich neutral verhielt wie z. B. das Koburger. Aber im hiesigen Arbeitersekretariat wird jeder nach seiner politischen Organisation gefragt. Herr Stelling sprach vom Sparen, das hält jeder nach seiner Meinung, hier bei diesem Antrage würde am unrechten Fleck gespart.

Stelling: Herr Hartwig hat das Nürnberger Arbeitersekretariat angeführt, das den Wunsch geäußert haben soll, recht bald eine städtische Rechtsauskunftsstelle zu bekommen. Es handelt sich in Lübeck aber nicht um eine städtische Rechtsauskunftsstelle, da würde die Sache wesentlich anders liegen. Ich will hier gleich betonen, daß wir uns nicht, wie Herr Hartwig glaubt, ärgern, wenn die Rechtsauskunftsstelle zu tun hat. Unser Arbeitersekretariatsbericht wird zeigen, daß sich die Besuchsziffernzahl wesentlich erhöht hat und daß es sich in dieser Hinsicht der Rechtsauskunftsstelle würdig an die Seite stellen kann. Ich glaube, es besteht die Absicht, das Gebiet zu verziehen. Für mich handelt es sich darum, Geschäftigkeit zu verlangen, der Rechtsauskunftsstelle soll keine Ausnahmestellung eingeräumt werden. Darau sollen die Herren eingehen. Herr Dr. Hartwig hat geschlußfolgert, weil das Arbeitersekretariat Auskunft verlange über die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen oder politischen Partei, sei es ein Parteimitglied. Diese Folgerung ist irrig. Mit der Auskunft hat dies nichts zu tun. Ein sehr großer Teil der Auskunftsuchenden ist weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. Jeder erhält gleiche Auskunft. Es ist jedoch selbstverständlich, daß eine Statistik geführt wird. Wer etwas unterhält, kann auch verlangen, daß über die Tätigkeit Aufschluß gegeben wird. Daraus darf man nicht schlußfolgern wie Dr. Hartwig. Herr Hartwig glaubt den Vogel abgeschossen zu haben mit der Behauptung, Herr Dr. Link sei seit Jahren nicht mehr politisch tätig, aber die Arbeitersekretäre. Diese aber doch nicht während ihrer Tätigkeit im Arbeitersekretariat. Ihre Arbeit während der Bureauzeit ist so anstrengend, daß sie keine Zeit haben, sich mit politischen Sachen zu beschäftigen. Was sie außerhalb ihrer Tätigkeit tun, ist ihre Sache. Senatoren und Herren auf Ihrer Seite findet man auch an erster Stelle, wo es sich um alldeutsche Bestrebungen oder um arbeiterfeindliche Vereine handelt. Das Arbeitersekretariat ist nicht verwickelt mit der politischen Partei. Herrn Senator Dr. Neumanns Ansicht, meine Darlegungen zu widerlegen, ist mißlungen. Ich will im einzelnen nachweisen, daß man auch hier um die Sache herumgegangen ist wie die Käse um den heißen Brei. Senator Dr. Neumann sagte, wir sollten uns freuen, daß die Rechtsauskunftsstelle 8000 Rechtsfälle zugunsten armer Leute erledigt habe, wir hätten keine Ursache, dagegen Sturm zu laufen. Sie haben sehr richtig gerufen, vielleicht deswegen, weil Sie nicht mehr zu zahlen brauchen und die bürgerliche Gründung vom Staate unterhalten wird. Es ist wohl angenehm, wenn Gelder erspart werden, dann dürfen Sie aber keine solchen Schlußfolgerungen ziehen. (Klein: Ja!) Wenn das Herr Klein nicht erfährt, kann ich mir lebhaft vorstellen, denn die Rechtsauskunftsstelle wurde feinerzeit errichtet, damit sie Herrn Klein Hilfe bringen soll. Es hat aber nichts genutzt: Herr Klein ist durchgefaßt. Der Senat meinte ferner, wir sollten es mit Freuden begrüßen, wenn Hebammen und Gemeindevorsteher rechtzeitig in Fällen unehelicher Kinder eingreifen. Wir haben nichts dagegen. Protest aber müssen wir dagegen erheben, daß die Rechtsauskunftsstelle nur als derjenige Teil bezeichnet wird, an den man sich wenden soll. Ein unbilliges Verlangen ist es nicht, daß auch das Arbeitersekretariat auf den bezüglichen Akten verzeichnet würde. Versicherungsamt und Rechtsauskunftsstelle werden verquittet, obgleich gesagt wurde, daß sich das Versicherungsamt nicht der Pflicht entziehe, Protokolle aufzunehmen. Es ist aber bestimmt vorgekommen, daß Leute mit solchen Wünschen an die Rechtsauskunftsstelle verwiesen wurden. Das entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Das ist parteiisch gehandelt und wir wünschen, daß unparteilich vorgegangen wird. Daß ein Mieteneinigungsamt kommt, kann mit Freuden begrüßt werden. Es nimmt aber Wunder, daß der Senat meint, wer Widerwillen gegen den Leiter hat, brauche nicht hinzugehen. Das Mieteneinigungsamt soll doch allen dienen und da sollte man verhindern, daß sich die Leute direkt oder indirekt an eine Institution wenden müssen, die errichtet wurde zur Bekämpfung ihrer politischen Auffassung. Wenn eine solche sozialdemokratische Institution bestehen würde, Sie würden diese ablehnen, von den Arbeitern, die Sozialdemokraten sind, verlangen Sie unbekümmert um die Vorgeschichte, daß sie die Rechtsauskunftsstelle in Anspruch nehmen. So entspricht es nicht dem Gedanken des Mieteneinigungsamtes. Bei Schriftstücken der gesetzlichen Berufsvoormundschaft wird ebenfalls bemerkt, daß man sich in allen Angelegenheiten des Kindes nur noch an die Rechtsauskunftsstelle, Abteilung Berufsvoormundschaft, zu wenden habe. Das ist doch verkehrt; es erweckt den Anschein, als ob der Leiter der Berufsvoormundschaft Rat Dr. Link ist. Das ist er nicht, sondern Rat Dr. Stork. Diesen falschen Schein muß man vermeiden. Wenn Berufsgenossenschaften Schriftstücke und Forti bezahlen müssen, dann soll man das Wort „unentgeltlich“ streichen. Die Rechtsauskunftsstelle muß unentgeltlich arbeiten, da sie von den Großen der Steuerzahler lebt. Der Senat gibt auch zu, daß Dr. Link als Sekretär des Verbandes der Rechtsauskunftsstellen 1500 Mk. Nebeneinnahmen hat. Der Senat gibt seine Zustimmung und damit ist die Sache erledigt. Der Senat bestimmt, ob Gelder vorzuschüsse zu zahlen sind, ob im Nebenamt schönes Geld verdient werden darf, und wir gewöhnlichen Sterblichen haben dazu nichts zu sagen. Ferner wurde uns vorgehalten, daß der preussische Handelsminister und andere die hiesige Rechtsauskunftsstelle

als Wähler hingestellt hatten. Über die Vorgeschichte werden Sie trotzdem nicht hinmehrgelassen, denn Sie müssen sich sagen, die ganze Einrichtung gerichtet Lieber unter den obwaltenden Umständen nicht zur Ehre. (Zuruf: Oh!) Die Rechtsauskunftsstelle wurde zunächst ohne jede Ursache gegründet. Es bestand eine. (Zuruf: Wo?) In der Johannisstraße 48. Es ist weiter festgestellt, daß die bürgerlichen politischen Parteien die Gründung ins Leben riefen gegen die Arbeiterschaft. Als ihnen der Atem beim Zahlen ausging, mußte der Vater Staat herhalten. Das muß betont werden. Ich will nicht abstreiten, daß „uneigenen nützige“ Leute dabei waren; es handelte sich aber um bestimmte politische Gründe, um Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Leute, die sich jetzt zurückziehen, sagen sich: Der Zweck ist erreicht, der Staat zahlt alles. Es wurde an mich die Aufforderung gerichtet, ich soll nachweisen, daß die Rechtsauskunftsstelle parteiisch gehandelt habe. Da möchte ich mir die Anfrage gestatten, ob ich diese Schauptung aufgestellt habe. Hier ist das Feld verschoben worden. Ich habe kein Wort darüber verloren, sondern nur kritisiert, daß man der Rechtsauskunftsstelle besondere Vorrechte einräumt. Wir verlangen für das Arbeitersekretariat dieselben Nutzleistungen. Wenn Sie das nicht verstehen, tun Sie uns leid. (Lebh. Beifall bei den Sozial.)

Dr. Hartwig bekennt sich als Freund von städtischen Rechtsauskunftsstellen, glaubt aber, daß die unsere dann mehr kosten würde. Das Arbeitersekretariat treibe politische Statistik.

v. Schack behauptet, daß alles von Stelling Angeführte widerlegt worden sei. Es könne die Bürgerchaft gar nicht anders handeln, als den Antrag anzunehmen. Es würden dadurch bedeutende Kosten beim Gericht erspart. Seit Jahren habe man ein Mieteneinigungsamt gewünscht, es werde segensreich wirken. Drei Vermieter und drei Mieter sollen es unter Vorsitz des Rates Dr. Link bilden. Daß Stelling gegen ein solches Amt sich ausspreche, könne er nicht verstehen. (Zuruf Löwigt: Ist gar nicht geschehen.) Mißtrauen gegen die Rechtsauskunftsstelle bestehe nicht.

Dühring: Wir haben das Kampffeld nicht verschoben. Herrn Stellings Ausführungen haben mich schon vor drei Jahren gehört und werden sie in drei Jahren wieder hören. Morgen lesen wir im „Volksboten“ ausführliche Berichte über Ihre Ausführungen, handeln Sie mit den Reden vom Senatskommissar und von Dr. Hartwig ebenso. Glauben Sie nicht, daß Lande von Unbemittelten auch einen Widerwillen gegen das Arbeitersekretariat haben? Deshalb wurde die Rechtsauskunftsstelle gegründet! (Zuruf Löwigt: Es waren „ideale“ Leute!) Ja, es gibt auch im Bürgertum ideal gesinnte Leute. Sie haben die Unparteilichkeit der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle angezweifelt, die Erwiderung dagegen werden wir im „Volksboten“ veraclich suchen. Wir freuen uns über den Weg, den Herr Rat Dr. Link gegangen ist und hoffen, daß er auf diesem Wege weitergehen wird. Unsere Unterstützung soll er haben.

Ziele möchte die Ausführungen Dr. Hartwigs nicht im „Volksboten“ veröffentlicht sehen. Redner hat ferner den Wunsch, die schriftlichen Arbeiten nicht weiter der Rechtsauskunftsstelle zu überlassen.

Senator Dr. Neumann sieht in der Einrichtung der Schreibstube eine wichtige gemeinnützige Anstalt.

Stelling: Herr v. Schack hat nicht genau zugehört, sonst hätte er vernehmen müssen, daß auch ich die neue Einrichtung freudig begrüßte. Herr v. Schack ließ sich ferner über die Zusammenlegung des Einigungsamtes aus. Wer hat denn die Herren gewählt. Uns ist nicht bekannt, daß an die Mieter eine Aufforderung ergangen wäre. (Zuruf: Sind nicht organisiert!) Wir haben auch viel mit Leuten zu tun, die auch Mieter und nicht organisiert sind. Vielleicht hat der Grundbesitzerverein die Mietervertreter selbst bestimmt? Herr Dühring glaubte wieder das alte Lied wie vor drei Jahren zu hören. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß wir bei anderen Gelegenheiten das selbe hörten. Das beruht auf Gegenfeitigkeit. Im übrigen habe ich nur darauf hingewiesen, inwieweit mit ungleichem Maße gemessen wird. Herr Dühring wünscht die Ausführungen des Senats und Dr. Hartwigs weidlich im Volksboten behandelt zu sehen, wahrscheinlich wünscht er auch, daß es mit den feingigen geschieht. (Heiterkeit.) Wir könnten dieselbe Aufforderung auch an die bürgerliche Presse richten. Wenn wir manchesmal die Berichte lesen, finden wir, daß wichtige und markante Stellen darin nicht enthalten sind, trotzdem von einem Blatt manchmal fünf Herren anwesend sind. Die könnten es doch machen. Vor 3 Jahren hatte Dr. Wittern als Vertreter von Ihnen die Aufgabe, nachzuweisen, daß die Rechtsauskunftsstelle nichts anderes als eine ausgesprochene politische Gründung sei zu dem Zwecke, die Sozialdemokratie zu schädigen. (Zuruf: Das ist nicht gelungen!) Sie machen den Arbeitersekretären den Vorwurf, daß sie sich außerhalb ihrer Geschäftstätigkeit politisch und gewerkschaftlich betätigen. Die Firma der Rechtsauskunftsstelle ist auch nicht ganz fluberein. Eine Eingabe an die Bürgerchaft ist vom Direktor Diefel unterzeichnet, der feinerzeit Vorsitzender der vereinigten bürgerlichen Parteien war und auch heute wohl noch politisch tätig ist. (Zuruf: Ganz falsch!) Jedenfalls wirkt er doch noch im Reichsverein mit. Redner spricht sich noch einmal über die Bevorzugung der Rechtsauskunftsstelle aus und schließt mit den Worten: Ich habe von Ihnen erwartet, daß Sie gerecht sein würden, Sie sind es aber nicht. (Zustimmung b. d. Sozial.)

Ziele: Ich meine, die schriftlichen Arbeiten sollten dort nicht erledigt werden.

Dr. E. Meyer: Die Herren von der äußersten Linken erkennen auch die Arbeit des Herrn Dr. Link an. Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, um zu sagen, daß Herr Direktor Diefel Mitglied des Reichsvereins ist, wie viele vernünftige Leute.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

2. Antrag: Erlaß eines Nachtrages zur Bauordnung für die Landbezirke vom 3. August 1867.

Henk (Bülowisch) bringt Wünsche vor in bezug auf die Umbau, hauptsächlich über die Bedachungsfrage. Er wünscht darüber Kommissionsberatung. Den Eingemündeten könnte man auch durch Aufnahme in die vorstädtische Brandkasse entgegenkommen. Das wäre ein Ausgleich für die erhöhten Lasten.

Senator Dr. Neumann sagt Prüfung der letzten Anfrage zu und befreit, daß eine rigorose Handhabung der Bauordnung niemals eintreten werde.

Wack (Vorrade) fragt nach der auskunftgebenden Persönlichkeit auf dem Lande in Baufragen.

Senator Dr. Neumann: Das wird noch mitgeteilt werden.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

3. Antrag: Erlaß eines sechsten Nachtrages zum Beamtengesetz.

Reyborg verweist auf die früher vorgebrachten Härten. Er wünscht Annahme des Senatsantrages.

Schulmerich spricht über die kleinen Arbeiten bei Wohnungen, welche den Beamten zur Last gelegt werden. Durch Annahme des Antrages würden die Lehrer mit ihren

preussischen Kollegen bei den Dienstwohnungen schlechter gestellt.

Senator Dr. Vermehren gibt einige Erläuterungen, nach denen den Lehrern nur ganz kleine Lasten auferlegt würden, während alles Wesentliche die Baudeputation erfüllt.

Cum wie pflichtet dem bei, während Schulmerich Kommissionsberatung wünscht, weil es sich nicht immer um kleine Lasten handle.

Senator Dr. Vermehren: Es ist besser, wenn die Baudeputation die Handhabung ausübt, als daß gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die die Arbeiten nur erschweren.

Aug. Pape befürchtet, daß die Baudeputation dadurch soviele Anfragen bekommt, daß ein neuer Beamter angestellt werden muß. Besser wäre die Festsetzung einer bestimmten Summe. Redner empfiehlt Kommissionsberatung.

Lippert wünscht dies ebenfalls. In vielen Fällen würden den Beamten größere Wohnungen zugewiesen, als sie sie auf eigene Kosten mieten würden. Dadurch steigere sich auch die Unterhaltungspflicht.

Dühring wünscht Unterschiede zwischen den Wohnungen der „kleinen“ und „großen“ Beamten. Das Bauamt könnte manchmal nicht sehr entgegenkommen, zudem handle es sich vielfach um alte Häuser, die großer Reparaturen bedürfen. Auch die Ausführungen der Reparaturen könne man nicht schematisch behandeln.

Senator Dr. Fehling ersucht im Interesse der Beamten um baldige Erledigung der Vorlage.

Schulmerich stellt den Antrag, die Baudeputation soll eine Anweisung erlassen, und der Bürgerausschuß möge sie genehmigen.

Dieser Vorschlag wird akzeptiert und hierauf die Vorlage angenommen.

4. Antrag: Ersetzung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages zum Einkommensteuergesetz auf das Rechnungsjahr 1913.

Ehlers fragt, ob die Kommissionsarbeit des neuen Steuergesetzes nicht beschleunigt werden solle. Wir seien in einem Jubiläumsjahr, da könne man gleichzeitig das zehnjährige Jubiläum feiern, seitdem der verstorbene Geheimrat Bredt die erste Anfrage zum Steuergesetz gegeben habe. 1905 sei Bericht erstattet worden, 1907 habe der Senat eine Vorlage an den Bürgerausschuß gelangen lassen, 1908 habe sich die Bürgerchaft damit beschäftigt und in den folgenden drei Jahren die Kommissionen. Aus den Akten könne man nicht alles Notwendige hierzu herausfinden, was zum Entwurf gehöre. Als der Vorsitzende in der vorletzten Sitzung den Wunsch äußerte, die Kommissionsberichte zu erledigen, habe man vergeblich nach dem Steuergehetwurf Umschau gehalten. Aus dem Senatsantrag gehe hervor, daß man noch lange auf die Erledigung warten könne. Ein weiterer Wunsch liege ebenso lange bereit: die Ruhelohntaxe für die städtischen Arbeiter. Hier werde wenig Interesse für die Arbeiter kundet. Gerade diese Sache brauche außerordentlich lange Zeit, bis eine praktische Vorlage herauskomme. Sonderbarerweise komme man nicht zum Ergebnis einer vernünftigen Einkommensteuer, während es mit der Gewerbesteuer sehr schnell gegangen sei und die Konsumvereins- und Warenhaussteuer vor der Tür lagere. Wir hätten in der Bürgerchaft und im Senat so viele Finanzgenies, sodaß die Einkommensteuer endlich erledigt werden könne. Der Senat erklärte leghin, die Gewerbeaufsichtsbeamtenvorlage spiele schon seit 1910, da könne man wohl wünschen, daß eine Angelegenheit, die 10 Jahre zurücklege, beschleunigt werde.

Dr. Fiehl: Die Ausführungen des Vorredners sind zum großen Teil unrichtig. Die Bürgerchaft erhielt die Vorschläge im Juli vorigen Jahres. Früher haben sich nur Kommissionen damit beschäftigt. Die Bürgerchaft hat sich inzwischen auch erneuert und die Berichte mußten erst wieder gedruckt werden. Verzögert wurde die Sache durch den Fraktionskollegen des Vorredners, Dr. Schlomer, der umfangreiche Anträge gestellt hat, die wochenlange Berechnungen auf dem Steuerbureau nötig machten. Der Bürgerausschuß ist so überlastet, daß viele Kommissionsmitglieder gar keine Zeit haben. Es stellt sich wieder mal heraus, daß man keine Bürgerausschußmitglieder zu Kommissionen bestimmen soll, die die Bürgerchaft wählt. Die erste Lesung hat aber bereits stattgefunden, sodaß im Rat oder Juni der Bericht erstattet werden kann.

Senator Dr. Vermehren erhebt Widerspruch gegen den Ehlerschen Vorwurf, daß der Senat der arbeitenden Bevölkerung mangelndes Interesse entgegenbringe und verweist auf das inzwischen erlassene Reichsversicherungsgesetz, das den Senat ebenfalls mit seinen Beamten beschäftigt machte. Sobald die genaueren Berechnungen abgeschlossen sind, werden wir die Vorlage bringen.

Ehlers: Ich bin mit Dr. Fiehls Ausführungen einverstanden und erkenne den Fleiß und die Ausdauer der Herren an. Wenn er aber einen Teil der Schuld meinem Parteigenossen Schlomer zuschiebt, so ist das nicht am Platze. Andere Herren haben auch viele Anträge gestellt. Es ist sehr recht, wenn Dr. Schlomer recht viele Anträge zugunsten der Minderbemittelten eingebracht hat. Ich bitte, die Arbeiten zu beschleunigen. Der Senat gab wieder einmal eine Erklärung über die Ruhelohntaxe und damit sollen wir zufrieden sein.

Dr. Fiehl: Die Kommission tut ihre Pflicht ohne den Ansporn des Herrn Ehlers. Dazu brauchen wir Sie nicht. Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Errichtung einer Assistentenstelle bei der Behörde für Travemünde.

Grünau weist darauf hin, daß man seit 7 Jahren die Eingemeindungsfrage geprüft habe und daß man trotzdem noch nicht wisse, wie das Bureau eingerichtet werden soll. Durch das vorgesehene System muß man doppelte Akten und Beamte anschaffen. Redner wünscht Auskunft, ob die hiesigen Beamten die Arbeit miterledigen können, denn danach müsse er seine Abstimmung richten. — Das kleine Wäldchen am Brodtener Ufer habe sich gut entwickelt, und jetzt lege man ein Reihe Wege an; es sei schade um die Abholzung. Ganz und gar nicht zu verstehen sei das Abhängen schöner Tannen und Buchen bis auf 1½ Meter Erdbodenhöhe, um einen Ausblick auf die See zu gewinnen. Der Stadtgärtner in Travemünde richte großen Unfug an. Travemünde brauche jeden Baum. Das Holz werde, statt es armen Leuten zu geben, verbrannt.

Senator Dr. Stooß glaubt, man komme ohne ein besonderes Bureau in Lübeck aus. Doch sei die Behörde einmal geschaffen, da müsse man auch die Beamten dafür bewilligen. Der Stadtgärtner treibe in Travemünde durchaus keinen Unfug, sondern habe den Beschluß einer Kommission ausgeführt. Man solle ihm volles Vertrauen schenken, der verstehe mehr als Herr Grünau. Der Stadtgärtner werde nächstens seine Pläne entwickeln, und dazu werde Herr Grünau eingeladen.

Buchwald wird gegen die Vorlage stimmen; er will erst die Verwaltungsreform abwarten.

v. Schack will sich mit dieser Vorlage ebenfalls nicht binden. Vorläufig sollte man keinen neuen Beamten bewilligen, ehe völlige Klarheit herrsche.

Grünau: Den Vorarbeiten haben gewiß auch diese Beamtenstellen untergelegen. Jetzt kommt so, daß ein Beamter nach dem andern angestellt werden muß. Ein Forstbeamter stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß die Abholzung Unfug ist. Wir wollen doch einen Wald in Travemünde

In dem Park. Es gehört eben ein Forstbeamter und kein Gärtner nach Travemünde.

Vorsitzungsmitglied Herr J. J. bittet das Wort und sagt nicht mehr anzukommen.

Senator Dr. Stoob verteidigt die Vorlage.

Lippert versteht den Standpunkt der Einspruchserhebenden nicht. Man habe damals die Behörde doch akzeptiert, und dieser Behörde müsse man auch die Beamten bewilligen. Bei einer kommunizierenden Behörde würde man nicht billiger fahren als bei der etatsmäßigen. Die Verwaltungsreform könne sich nur allmählich durchsetzen.

v. Schaack unterstreicht das Mißtrauensvotum Grünhaus gegen den Stadtgärtner. Die ganze Bevölkerung werde kauen, wenn in unserem Stadtpark nach seinen Plänen mit Art und Säge gearbeitet werde. Redner wendet sich nun gegen die feste Anstellung des Assistenten. Würde die Bürgerchaft hier nicht handhalten, dann wären alle Abstriche im Budget umsonst.

Senator Dr. Stoob: In der betreffenden Kommission waren auch zwei Herren für des Stadtgärtners Pläne eingenommen.

Dr. Jhde unterstützt die Anregungen Buchwalds und v. Schaacks.

Buchwald findet seine Meinung durch die Rede des Senats und Lipperts nur bestätigt.

Schätellig widerspricht v. Schaack in bezug auf den Stadtgärtner. Die Ausföhrung des Stadtarks sei sehr notwendig und liege im Interesse der zu erhaltenden Bäume.

Nach einigen weiteren Ausführungen verschiedener Redner wird der Senatsantrag abgelehnt.

6. Antrag: Schaffung neuer Beamtenstellen bei der Baudeputation.

Wandke weist auf die lange Geschichte dieser Vorlage hin. Es sei schon 1908 eine Reorganisation des Bauamtes gefordert worden. Die Beamten seien teilweise schon viele Jahre im Dienst, und sollten nur festangestellt werden. Selbst bei einer Verwaltungsreform müßte man diese jetzigen Diätäre behalten.

Böhs verpflichtet dem Vorredner bei. Aussicht, den Baumeister durchzuholen, bestehe hoffentlich in der Bürgerchaft nicht, die Stelle wäre neu. Die Verwaltungsreform müsse von oben kommen. Eine Zusammenlegung der Verwaltungsbehörde mit der Baudeputation sei nicht nur erwünscht, sondern notwendig. Bei der Belegung komme es immer auf die Persönlichkeit an, es brauchten keine Akademiker zu sein. Wenn wir sparen wollten, müßten die bewährten Beamten festangestellt werden. Jedenfalls sei es nicht am Platze, verantwortungsvolle Posten mit Personen zu besetzen, die nur Awächentliche Kündigung hätten. Den Diätären ist jeder Nebenverdienst verboten, den Staatsbeamten nicht. Redner bittet um Annahme der Kommissionsberatung.

Dr. Ziehl wendet sich gegen die Schaffung von 15 neuen Beamtenstellen. Angesichts des schlechten Budgets würden die Steuerzahler dies nicht verstehen können. Diejenigen Herren, die für die Stellen eintreten, müssen dann auch die Verantwortung übernehmen und für die neuen Steuern stimmen. Es wird in Zukunft nötig sein, über diese namentliche Abstimmung zu beantragen.

Dr. Wehke wundert sich, daß der Senat den von Kommission und Bürgerausschuß abgelehnten Baumeister wieder verlangt.

Senator Dr. Stoob verteidigt diesen Posten. Das Bedürfnis sei für die Baudeputation vorhanden.

Heinschoten tritt für die Vorlage ein und beanstandet nur den Titel, der ein falsches Bild normale. Es handle sich nicht um neue Beamte. Redner nimmt ferner das Bauamt in Schutz, das jederzeit den Handwerkern Gerechtigkeit widerfahren lasse.

Burkitt erinnert unter Zustimmung Dr. Ziehl an die Debatte der Freieichischen Schule, bei der er anderer Ansicht gewesen sei und beantragt namentliche Abstimmung. Die Beamten hätten Befähigung verdient.

Cumwie tritt für die Vorlage ein und erinnert Dr. Ziehl daran, daß durch sie gerade sein Wunsch erfüllt werde.

Lippert: Man wendet das Wort Sparjamkeit immer an, wenn einem paßt, und wenn es nicht paßt, läßt man es weg. (Zuruf: Sehr richtig.) Bei der Freieichischen Schule hätte man durch ein Provisorium sparen können. Den Kommissionsvorschlag sollten Sie annehmen.

Dr. Wehke: Mit der Sparjamkeit ist wie mit der Tugend, wenn viel darüber geredet wird, ist sie nicht weit her. Der Unterschied liegt hier in der Kommissionsvorlage, die 1000 Mark mehr verlangt, und dem Senatsantrag, der die Summe auf 6000 Mark veranschlagt. Der Baumeister ist nicht unbedingt notwendig, durch seine Ablehnung wird das Bauamt nicht gefährdet.

Hoff: Die Ausführungen von Dr. Ziehl sind beachtlich, diese Gründe sollten auch bei anderen Gelegenheiten Anwendung finden, wo Kenn- und Sportvereine in Frage kommen. Wir sind mit großer Vorliebe an die Vorlage herangegangen, haben uns jedoch überzeugen müssen, daß von den vielen Beamten mit zum Teil großer Verantwortung nur wenig festangestellt sind. Wir unterstützen den Kommissionsantrag. Darüber hinausgehen liegt kein Grund vor. Dem Senat ist es nicht gelungen, die Baumeisterstelle überzeugend als notwendig nachzuweisen. Die Baudeputation wird bei dem Kommissionsantrag auf ihre Kosten kommen.

Heller weist darauf hin, daß er schon früher den Standpunkt vertreten habe, die Bauarbeiter, die lange Jahre beschäftigt sind, lebensfähig. Sie seien schon 12 und 15 Jahre lang. Es handle sich um ein großes Institut, wo die Arbeit bei ihrem Wechsel verzögert und verteuert werde. Er unterstütze den Antrag Burkitt und ersuche, die langjährigen Bauarbeiter festanzustellen.

Dr. E. Meyer glaubt, die Vorlage stimme mit dem Standpunkt nicht ganz überein. Unter der Budgetangabe dürfe diese Vorlage aber nicht stehen. Insbesondere freue er sich über die Stellungnahme der Väter zu dieser Position. Die Stelle des Baumeisters könne eventuell einer Kommission übertragen werden. Wichtig sei, daß endlich das Bureau gebildet werde. Der Sekretär und der Kanzlist müßte unbedingt bewilligt werden.

Senator Dr. Stoob erklärt die Kosten der Beamtenverpflichtung.

Dr. Ziehl: Ich bin für die Freieichische Schule gerade der richtigen wegen eingetretener. Eine hässliche Schule hätte bei der Ablehnung geschaffen werden müssen. Wenn die Freieichische Vorlage annimmt, dann macht mir diesen Widerspruch niemand aus. (Zuruf: Oberhaupt!) Was sind für die neuen Steuern können, die durch diese 1000 Mark Anknüpfung entstehen könnten. Der Stadtbetrieb würde dadurch vergrößert.

Herr v. Schaack: Es ist ein angenehmer Unterschied zwischen der Freieichischen Schule und dieser Vorlage. So sehr ich geneigt bin, dem Senat einen Druck auf die Verwaltungsreform auszuüben, so wenig bin ich mir hier sicher. Ob der Stadtbetrieb durch die Vorlage nicht vergrößert wird, das wird abgesehen, die Kommissionsvorlage mit großer Mehrheit angenommen und darauf die gesamte Vorlage. Ein Antrag von Böhs ebenfalls.

Herr v. Schaack: Der Senat hat am Montag, 21. März.

Gewerkschaftsbewegung.

Zu den Tarifverhandlungen im Malergeverbe. Die von der zentralen Einigungsinstanz in die sieben Gautarifikämter verlesenen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit konnten allgemein ohne ernstere Zwischenfälle beendet werden. Nur die Unternehmer Mitteldeutschlands vor dem Gautarifamt in Leipzig haben offene Fehde angefangen. Als hier die allgemeinen Auseinandersetzungen beendet waren und die Verhandlungen über die einzelnen Lohngebiete (Breslau, Meissen mit Industriegebiet) begonnen hatten, wurden sich die drei Schiedsrichter Stadtrat Popff-Leipzig als Vorsitzender, Referendar Schindler-Breslau als Vertrauensmann der Unternehmer und Arbeitersekretär Rüttich-Leipzig von den Gehilfen, schlüssig, daß die festzusetzenden Lohnerhöhungen nicht nur auf die Mindestlöhne, sondern wie beim letzten Tarifabschluß auf alle bisher gezahlten Löhne zu gewährleisten seien. Darauf erklärten die Unternehmervertreter, daß sie unter solchen Umständen von weiteren Verhandlungen abzusehen müßten. Auch der Hinweis der Arbeitervertreter nützte nichts, daß solche Erklärungen vorläufig gar nicht angebracht seien, sondern daß über sämtliche Ergebnisse der Verhandlungen erst in den am 22. und 23. Februar vor der zentralen Einigungsinstanz endgültig abschließenden Verhandlungen sich die Zentralorganisationen später definitiv erklären müßten; auch die Bemühungen des Vorsitzenden waren nutzlos. Darum gaben die drei Schiedsrichter folgende Erklärung ab:

Nach der Erklärung der Arbeitgeber sehen sich die Unparteiischen nicht mehr in der Lage, mangels zustande gekommener Vereinbarungen, einen Schiedsspruch zu fällen. Sie halten lediglich ihre beiden zuvor abgegebenen Erklärungen aufrecht.

Zu einer weiteren Entscheidung über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit fehlen ihnen weitere Informationen. Diese sind nur durch mündliche Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu erlangen.

Da seitens der Arbeitgeber die Verhandlung abgebrochen worden ist, fehlt jede weitere geeignete Unterlage für einen sachgemäßen Schiedsspruch.

Schon während der vorausgegangenen kurzen Verhandlung zeigte sich deutlich, daß die Unternehmer nur auf eine Gelegenheit warteten, die Verhandlungen abbrechen zu können.

Nun muß die Frage der Arbeitszeit und der Löhne für den Gau Mitteldeutschland nach den von den Zentralorganisationen getroffenen Vereinbarungen am 22. bzw. 23. Februar in Berlin verhandelt werden.

Für das Gautarifamt Norddeutschland wurden die Verhandlungen in Altona unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsrat Wulff geführt; als Vertrauensmänner waren von den Unternehmern Herr Dr. Westphal, von den Arbeitern der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes Fr. Paepkow ernannt. In der ersten zentralen Verhandlung hatten die Unternehmer für den Gauverband Norddeutschland jede Lohnerhöhung abgelehnt, auch wurde keinerlei Arbeitszeitverkürzung zugestanden. Die Unternehmer hatten aus fast allen Lohngebieten Vertreter zu den Verhandlungen hinzugezogen. Nach der allgemeinen Beratung wurde über die 57 Lohngebiete einzeln verhandelt. Die Unternehmervertreter konnten die Notwendigkeit einer nennenswerten Lohnerhöhung nicht bestritten, weil die Gehilfenvertreter zahlreiches statistisches Material zur Begründung ihrer aufgestellten Forderungen beibrachten.

Das Resultat einer zweitägigen Verhandlung war, daß von den Unternehmern für sämtliche Lohngebiete eine Lohnerhöhung abgelehnt wurde, auch keinerlei Arbeitszeitverkürzung sollte eintreten. Es wurde hierauf an die Gehilfenvertreter das Verlangen gestellt, zunächst die Forderungen zu reduzieren, was diese jedoch ablehnten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden die Beratungen in einer engeren Kommission fortgesetzt, um doch für einen Teil der Lohngebiete eine Einigung unter den Parteien zu ermöglichen. Das Resultat dieser Verhandlungen war, daß für die Mehrzahl der Orte eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. für über 20 Jahre alte Gehilfen zugestanden wurde. Dieses Angebot bezeichnen die Gehilfenvertreter als unannehmbar.

Schließlich fällt das Einigungsamt auf Ersuchen beider Organisationen einen Schiedsspruch. Danach wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 1/2 Stunden täglich für Dänabrick und eine solche von 9 1/2 auf 9 Stunden für Braunschweig und Steintin zugestanden. Für eine Reihe weiterer Orte soll eine Verkürzung sofort eintreten, wenn eine solche für das Baugewerbe beschloffen wird. Die Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde, für die Lohngebiete Braunschweig und Hamburg 9 Pfg. pro Stunde, für Bremen 8 Pfg., für Bergedorf, Hannover, Iphoe, Dänabrick und Steintin 7 Pfg., für Altrahstedt, Celle, Gurhaven, Harburg, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven 6 Pfg., für Ahrensburg, Bremerhaven, Delmenhorst, Elmshorn, Gutin, Flensburg, Gütrow, Geesthacht, Hildesheim, Kiel (Vadierer), Neumünde, Oldenburg, Rönne 5 Pfg., für Mölln, Norderne, Rendsburg, Stade, Verdeland und Westerland 4 Pfg., für Guden, Greifswald, Binneberg, Breech, Schleswig, Schwerin, Varel und Wismar 3 Pfg., für Gernförde, Goslar, Göttingen, Lüneburg, Verden, Lüneburg, Verden und Stralsund 2 Pfg. pro Stunde.

Die endgültige Anerkennung der Schiedssprüche unterliegt der Genehmigung der Vertragsparteien.

Ein Streik im Lapezierergewerbe. Zu einem Abwehrkampf ist es bei der Firma Penjelein, Stof & Comp., Sitzmöbelfabrik in Blomberg (Rippe-Deimold) gekommen. Die Firma bezieht erst seit etwa Jahresfrist, hat es aber bereits verstanden, sich bei den Arbeitern in den üblichen Ruf der Lohnrückerei zu bringen. Den bei den Holzarbeitern vorgenommenen Lohnabsätzen wollte sie solche bei den Karpentern folgen lassen. Gerade diese fortgesetzten verächtlichen Arbeitsverhinderungen veranlaßten die Arbeiter, sich der Organisation anzuschließen; sie konnten so die Abzüge zurückweisen. Darauf suchte die Firma ungelehrte Arbeiter anzulernen und erneute dann den Versuch, doch die Arbeiter legten gemeinsam die Arbeit nieder. Die Firma sucht nun unter Zuhilfenahme guter Löhne erneut Arbeiter nach Blomberg zu locken. Tüchtige Leute, verheiratet oder ledig, welche Lust haben, das Karpenter von Lederstühlen zu lernen, bei gutem Verdienst, sucht die Firma. Wie es in Wahrheit damit steht, zeigt der vorliegende Bericht. Zugang ist streng fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein nationaler Agitator und Kassenbeamter als Betrüger. Wegen Untere und Unterschlagung wurde vom Landgericht in Weimar der ehemalige Kassenrat der Ortskrankenkasse, das Vorstandsmitglied des nationalen Kassenbeamtenvereins, Hermann Ebel, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um über 12000 Mark, die Ebel im Laufe der Zeit veruntreut hat. Angesichts der Verhältnisse, die Ebel beging, um die Unterschlagungen zu ermöglichen, wird das Strafmaß, zumal auch noch drei Monate der Unterdrückung in Anrechnung gebracht sind, als

ein sehr mildes angesehen. Ebel hat sich besonders in der Folge gegen die sozialdemokratischen Kassenverwaltungen in der Zeit der Beratung der Reichsversicherungsordnung hervorgetan. Vielleicht gehört er zu denen, die für das Möllersche Buch über die angebliche Mißwirtschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen Material geliefert haben. Wenn sich Herr Möller einmal entschließt, ein Buch über die Mißwirtschaft in den national geleiteten Kassen herauszugeben, wird ihm der Fall Ebel als besonders willkommener Happen erscheinen.

Aus Nah und Fern.

Automobilunglück. Auf der Chaussee Rosen-Wirnbach überlag sich Montag nacht das Automobil des Fabrikbesizers Steinke aus Posen. Von den Insassen wurde der Chauffeur getötet, die beiden Kaufleute Busch aus Eichenhorst und Gackowski aus Posen wurden schwer verletzt. Steinke selbst blieb unverletzt.

Folgeschwere Explosion. In den Farbwerken in Leberhausen ist ein Behälter mit Wasserstoffgas explodiert. Dabei sind fünf Arbeiter verletzt worden, und zwar drei schwer und zwei weniger schwer. Einem Arbeiter wurden beide Beine, eine Hand und ein Stück Kinnlade fortgerissen.

Schweres Straßenbahnunglück. In der Dienstag Nacht stürzte auf der abschüssigen Linie der Solingen-Bohwincker Kreisbahn vor der Haltestelle Bohwinkel der Motorwagen eines Straßenbahnzuges, der mit rasender Geschwindigkeit den steilen Berg herabfuhr, in einer Kurve mit solcher Gewalt um, daß ein Straßenbahnmaß durchbrach und die Oberleitung zerriß. Der Motor- und Anhängewagen waren dicht beieinander mit Mitgliedern des Elberfelder Stadttheaters, die am Abend in Solingen gastiert hatten. Die Kuppelung zwischen beiden Wagen riß, wodurch der Anhängewagen zwar entgleiste, aber nicht umstürzte. In dem Motorwagen befanden sich über 20 Fahrgäste, deren sich begreiflicherweise eine große Erregung bemächtigte. Die auf der vorderen Plattform befindlichen Fahrgäste erlitten die schwersten Verletzungen, namentlich der Inspektör und Friseur des Elberfelder Stadttheaters. Glücklicherweise kamen die Insassen des Wagens in übrigen ohne Verletzungen davon. Die Bohwincker Feuerwehr war schnell zur Stelle und leistete bei dem Unfall Hilfe. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt; wahrscheinlich verlagerte die Luftbremse. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet.

Beim Rodeln verunglückt. Ein Opfer des Rodelsportes wurde im Grunewald bei Bichelsberge die 16jährige Käthe Werner aus Halesen. Der Schlitten blieb an einer Baumwurzel hängen, überschlug sich und das Mädchen fiel so unglücklich, daß es einen tödlichen Schädelbruch erlitt.

Schülerelbstmord. Der Untersekundaner des Augsburger St. Anna-Gymnasiums, Albert Niklas, Sohn des Hauptlehrers in Harburg in der Ries, einer der begabtesten Schüler des Gymnasiums, trank in selbstmörderischer Absicht Schwefelsäure und starb unter gräßlichen Schmerzen im Krankenhaus. Als Motiv zu der Tat gab er an, daß er sich mit seinen Schulkameraden nicht recht hatte verstehen können.

Wölfe Mädchen. In Mülheim a. d. Ruhr versuchten zwei polnische Dienstmädchen, die beide etwa fünfzehn Jahre alt sind, ihre Herrschaft, den Gaswirt Evers und seine Frau, zu ermorden, indem sie ihnen Salzsäure in den Kaffee schütteten. Die beiden Mädchen wollten das Ehepaar als unangenehme Zeugen in einer Diebstahlsache beiseitigen. Der Vergiftungsversuch mißlang aber, da den Eheleuten der unangenehme Geschmack des Getränks auffiel; die jugendlichen Giftmischerinnen wurden verhaftet.

3 Vergleute verurteilt. Auf der Zeche Börtlingsteepe sind drei Vergleute von herabfallenden Gesteinsmassen verurteilt worden. Zwei von ihnen wurden getötet; der dritte ist schwer verletzt.

Ein "Näher" des ermordeten Genossen Schuhmeier. Die Münchener Polizeidirektion verbreitet durch das Süddeutsche Korrespondenz-Bureau die Mitteilung, die Wiener Polizeidirektion sei durch die Münchener Polizei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der in München als Freidenker bekannte Tischlergehilfe Franz Freiberger von München nach Wien gereist sei, in der Absicht, den Tod des Abgeordneten Schuhmeier dadurch zu rächen, daß er den Führer der christlich-sozialen Arbeiterpartei, den Abgeordneten Leopold Kunschach, zu erschließen gedenke. Die Wiener Polizei hat Freiberger in Wien verhaften können. Er war im Besitz eines geladenen Revolvers und einer Feile. Freiberger ist 1858 in Brünn in Mähren geboren und hat zugegeben, daß er die Reise zu dem Zweck unternommen hat, den Abgeordneten Kunschach zu erschließen, um den Mord des Abgeordneten Schuhmeier zu rächen. Freiberger sei ein eigentümlich gefährlicher und arbeitsscheuer Mensch der bereits 26 mal verurteilt sei, auch wegen Diebstahl und einmal auch wegen Zumeilung zu 10 Jahren Freiheitsstrafe. Er habe sich zumeist in Deutschland aufgehalten und bezeichnet sich selbst als Freidenker und radikaler Sozialist. Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt in Alstermete; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Mietsleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Mietgeber von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu feige, um Schuhmeier zu rächen, und begnügten sich damit, Versammlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schrieb seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten könne. Er selbst werde acht mehr zurückkehren, denn die zweite Kugel habe er für sich bestimmt. Dieser Brief ist jetzt von der Münchener Polizei beschlagnahmt worden.

Ein Großfeuer äscherte in Etambul (Konstantinopel) gegen 100 Häuser und 45 Geschäftsläden ein. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

Zwei Kinder verbrannt. In dem lathringischen Orte Eichen bei Saargemünd spielten zwei Kinder in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern. Ein breanntes Holz fiel dabei auf ein Bett und alsbald hand das ganze Haus in Flammen. Die beiden Kinder verbrannten und konnten von den Feuerwehrleuten nur als Leichen geborgen werden.

Fünfzehnjährige "Redakteure". Gegen die Geschäftsführung des in Ober-Ingelheim erscheinenden "Rheinischen Beobachter" ist von der Staatsanwaltschaft in Mainz ein Strafverfahren wegen Vergehen gegen das Pressegesetz eingeleitet worden. Das Vergehen wird darin erblickt, daß die diesjährige Jahrgangnummer nicht von dem angeführten Redakteur, sondern von zwei 15jährigen Lehrlingen verantwortunglich gezeichnet worden sei. Gegen die beiden "Redakteure" sind wegen angeblich in der Jahrgangnummer begangener Vergehen verschiedene Privatklagen anhängig gemacht worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Sämtlich in Lübeck.

